

Politische Berichte

PROLETARIAT ALLER LÄNDER VEREINIGT EUCH! PROLETARIAT ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER VEREINIGT EUCH!

Für die Verhütung und Bewältigung von Konflikten, von Krisen, brauchen wir, braucht die politische Führung, ein abgestuftes und breites Spektrum militärischer Mittel. Wir haben ja deshalb im neuen strategischen Konzept der Nato gemeinsam festgelegt, dass unsere Streitkräfte die glaubwürdige Fähigkeit besitzen sollen, das gesamte Spektrum der Bündnisaufgaben zu erfüllen. Das bedeutet, Landes- und Bündnisverteidigung, Sicherheit und Stabilität im euroatlantischen Raum, ein angemessener Beitrag zur Sicherung des Friedens in der Welt geben den Rahmen für die Entwicklung unserer Streitkräfte vor.
Rudolf Scharping in Hamburg



Kommandeurstagung zu konzeptioneller Neuorientierung und Aufrüstung der Bundeswehr S. 3

Friedensratschlag in Kassel S. 4



Auch Freiburg will Deserteure aufnehmen S. 13

Geldstrafe für Desertionsaufruf S. 13



Friedenspolitik. Resolution des Gewerkschaftstages der IG Medien S. 15



Gorbatschow kritisiert Siegerkomplex der Nato S. 18

Es wird uns die Nato aufgezwungen als Allheilmittel. Und die Nato ist krank geworden vom Komplex des Siegers. Sie negiert nicht nur die Pariser Charta, sondern auch die Uno, auch den Sicherheitsrat. Sie behaupten jetzt, die Nato weiss am besten, was Russland braucht, was Kosovo braucht, was Tschetschenien braucht, was China braucht. Wie haben die das erfunden? Warum erheben sie diese Ansprüche?

Michail Gorbatschow in Prag



Politische Berichte

ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE POLITIK
– ERSCHEINT VIERZEHN TÄGLICH

Herausgeber: Arbeitskreis Politische Berichte, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart. Herausgeber für den Arbeitskreis Politische Berichte: Selman Arslan, Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Emil Hruška, Herbert Stascheit.

Verantwortliche Redakteure und Redaktionsanschriften:

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft: Christiane Schneider, Hamburg: GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43 18 88 20, Fax: 040 / 43 18 88 21.

Auslandsberichterstattung: Hardy Vollmer; GNN-Verlag, Wilhelmstraße 15, 79098 Freiburg, Fax: 0761 / 34961

Regionales / Gewerkschaftliches West ...: Martin Fochler, GNN Verlag, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart, Tel. 07 11 / 62 47 01, Fax: 07 11 / 62 15 32 ... und **Ost** Rüdiger Lötzer; GNN-Verlag, Postfach 200639, 13516 Berlin, Tel. 030 / 24009468, Fax: 030 / 24009469

Diskussion / Dokumentation und Letzte Seite: Alfred Küstler, GNN Verlag, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart, Tel. 07 11 / 62 47 01, Fax: 07 11 / 62 15 32

In und bei der PDS: Jörg Detjen, GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zulpicher Str. 7, Tel. 0221/211658, Fax: 0221/215373

Termine: Christiane Schneider, Anschrift s. Aktuelles.

Die Politischen Berichten veröffentlichen die Mitteilungen der „**ArGe**, Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie, soziale Befreiung bei der PDS“.

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zulpicher Str. 7 und GNN Verlag Süd GmbH, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 07 11 / 62 47 01, Fax: 07 11 / 62 15 32. E-mail: gnn-stuttgart@t-online.de

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 2,50 DM. Ein Halbjahresabonnement kostet 45,50 DM (Förderabo 71,50 DM), ein Jahresabonnement kostet 91 DM (Förderabo 143 DM). Ein Jahresabo für Bezieher aus den neuen Bundesländern: 80,60 DM, Sozialabo: 65 DM. Ausland: + 13 DM Porto. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Druck: GNN Verlag Süd GmbH Stuttgart

Politische Berichte

– zum Abonnieren – zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich Stück pro Ausgabe der PB

o 4 Ausgaben für 10 DM (beilegen) zum Kennenlernen.

o Halb- o Jahresabo (45,50 DM / 91 DM je Einzelabo)

o Halb- o Jahres-Förderabo (71,50 DM / 143 DM).

o Halb- o Jahres-Sozialabo (32,50 DM / 65 DM).

o Halb- o Jahresabo neue Länder (40,30 DM / 80,60 DM)

o Bankeinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen

Name:

Straße:

Postleitzahl/Ort:

Kto-Nr.

BLZ:

Bank:

Unterschrift:

Einsenden an: GNN-Verlag, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart

AKTUELL

BIOETHIK-KONVENTION. 40 Organisationen und Verbände haben die Bundesregierung in einem Offenen Brief aufgefordert, sich eindeutig gegen eine Beiritt zur sog. Bioethik-Konvention auszusprechen. Am 1.12. trat die Konvention, die Ende 1996 vom Europarat verabschiedet worden war, in Dänemark, Griechenland, der Slowakei, Slowenien und San Marino in Kraft, am 1.1.00 in Spanien. Das „Gen-ethische Netzwerk“ kritisiert, dass die Konvention fundamentale Menschenrechte außer Kraft setzt; so erlaube sie „fremdnützige Forschung“ an Menschen, die nicht einwilligen könnten. Auch werde die Verwendung von Gentests beim Abschluss von Arbeits- und Versicherungsverträgen ermöglicht, dem „Klonen“ würden „Hintertüren“ geöffnet. In seiner jetzigen Form sei die Konvention nicht geeignet, die Rechte einzelner Menschen gegen die „Begehrlichkeiten biomedizinischer Forschung“ und die Anwendung neuer Technologie zu schützen. Die Initiative fordert, dass die Öffentlichkeit über Gesetzesvorhaben wie z.B. Änderungen am Embryonenschutzgesetz informiert werde. Gegen das „Menschenrechtsübereinkommen zur Biomedizin“ wurden laut Auskunft der Initiative bisher europaweit drei Millionen Unterschriften gesammelt.

WOHNGELDVERSCHIEBUNG. Der Vermittlungsausschuss hat am 2.12. neben das Gesetz zur Änderung des Wohngeldgesetzes verlegt. Eine Arbeitsgruppe soll einen Einigungsvorschlag vorbereiten, der den Widerstand der Bundesländer ausräumt. Im Wahlkampf hatte die SPD der Erhöhung des Wohngeldes erste Priorität zugesprochen, das Gesamtvolumen sollte, von Mitte '99 an, um 3 Mrd. DM steigen. Tatsächlich sind die Mieten seit der Einfrierung des Wohngeldes 1990 um über 30 % gestiegen, so dass viele Haushalte kein Wohngeld oder nur einen völlig unzureichenden Betrag erhalten. Doch nicht nur wurde die Reform hinausgezögert; ihr Volumen wurde auch auf 1,4 Mrd. DM gedrückt. Dabei wurden die finanziellen Lasten der Reform weitgehend den Bundesländern und Kommunen zugeschoben: Nach dem Gesetz der rot-grünen Koalition sollen diese das sogenannte pauschalisierte Wohngeld für Sozialhilfeempfänger – ca. 4,4 Mrd. DM, die bisher zur Hälfte vom Bund getragen wurden – zukünftig allein finanzieren.

DOITSCHKE EINIGUNG. In der Debatte um die Umsetzung des Staatsbürgerschaftsrechts hat sich erneut die extrem fremdenfeindliche Variante durchgesetzt. Die Innenminister von Bund und Ländern einigten sich darauf, dass das Verfahren zur „Überprüfung“ der Verfassungstreue den Ländern überlassen bleibt. Damit ist entschieden, dass Baden-Württemberg, Bayern, Berlin, Sachsen und Thüringen die Antragsteller per Regelanfrage beim Verfassungsschutz

kontrollieren und in Einbürgerungswürdige und Unwürdige sortieren. Außerdem sollen generell an die deutschen Sprachkenntnisse höhere Anforderungen gestellt werden als bei der bisherigen Regelung. U.a. müssen Antragsteller nachweisen, dass sie Zeitungsartikel „lesen und verstehen“ können.

WERTEGEMEINSCHAFT. Die EU-Außenminister, darunter Fischer, haben verhindert, dass die UNO-Generalversammlung eine Resolution verabschiedet, mit der der Vollzug der Todesstrafe weltweit ausgesetzt werden sollte. Der von der UN-Menschenrechtskommission im April mehrheitlich – gegen u.a. die USA, China und Japan – angenommene Vorschlag zu einem Moratorium war ein Kompromiss, wurde jedoch von Befürwortern wie Gegnern der Todesstrafe als Schritt zur vollständigen Abschaffung der Todesstrafe unterstützt bzw. bekämpft. Zunächst hatten die 15 EU-Staaten, zusammen mit 57 weiteren Ländern, den Resolutionsentwurf unterstützt, dessen Verabschiedung bereits als ziemlich sicher galt und bei dessen Verabschiedung die UNO zum ersten Mal anerkannt hätte, dass „staatliche Tötung“ – die Todesstrafe wird derzeit noch in 72 Ländern verhängt – gegen die allgemeine Erklärung der Menschenrechte, v.a. gegen das Recht auf körperliche Unversehrtheit, verstößt. Kurz vor der geplanten Abstimmung im November wiesen die EU-Außenminister den Kompromiss scheinheilig zurück, es kam deshalb nicht zur Abstimmung. Diplomaten mehrerer Länder und EU-Parlamentarier äußerten den Verdacht, dass die EU-Außenminister die Verabschiedung der Resolution verhindert haben, um insbesondere die brutale Todesstrafenpraxis der USA, der Führungsmacht ihrer Wertegemeinschaft, zu decken.

AUFRÜSTUNG. Dem europäischen Luft- und Raumfahrtmonopol EADS, kürzlich entstanden aus der Fusion von DaimlerChrysler Aerospace und Aérospatiale Matra (s. Nr. 22), ist jetzt auch spanische Konzern Casa beigetreten. EADS ist an allen großen zivilen und militärischen Luft- und Raumfahrtunternehmen beteiligt, darunter Airbus, Eurofighter, Ariane, Eurocopter (Hubschrauber) und Astrium-Satelliten.

WAS KOMMT DEMNÄCHST? Am 15.12. setzt der Bundestag zwei Enquete-Kommissionen ein, u.a. zu „Demokratischer Wandel – Herausforderung unserer älter werdenden Gesellschaft an die Einzelnen und die Politik“. Am 16.12. berät er über den rot-grünen sowie CDU/CSU-Antrag zur Energiepolitik, debattiert die Gesundheitspolitik, befasst sich u.a. mit dem PDS-Antrag zur Einstellung des Bundeswehreinsetzes in Osttimor und berät die 3. Änderung des Betäubungsmittelgesetzes.

Kommandeurstagung zu konzeptioneller Neuorientierung und Aufrüstung der Bundeswehr

Die 37. Kommandeurstagung der Bundeswehr, die vom 29.11. bis 1.12. in Hamburg stattfand, trug den bezeichnenden Titel „Bundeswehr im Einsatz – Bilanz und Perspektive“. Generalinspekteur Hans Peter von Kirchbach, neben Scharping Hautredner, charakterisierte vor den 450 Teilnehmern, darunter alle Generale und Admirale sowie alle Kommandeure und Dienststellenleiter ab Brigade- bzw. Regimentsebene, die Situation, vor der die Bundeswehr stünde, als „Wegscheide“.

Die Kommandeurstagung verarbeitete Erfahrungen aus dem Krieg zur Zerstörung Jugoslawiens. Eine Erfahrung ist, dass die europäischen Mächte diesen Krieg ohne die USA nicht hätten führen können. Kirchbach strich die militärische Überlegenheit der USA heraus: „... über die entscheidenden strategischen Mittel der NATO, die auch für eigenständige komplexe Organisationen der EU oder für WEU-geführte Operationen mit Mitteln der Allianz gebraucht werden, verfügen nur die USA.“ So steuerten die USA bei den Luftangriffen auf Jugoslawien über 70% der Flugzeuge, über 90% der Aufklärung, Präzisionsmunition, Kommunikations- und Informationstechnik bei. Aber nicht nur technische, auch politische Gründe gaben den Ausschlag für die entscheidende Rolle der USA. Die europäischen Mächte und gerade auch die BRD, die am zielstrebigsten die Politik der Zerteilung Jugoslawiens verfolgte und verfolgt, hatten für die militärische Durchsetzung dieses Ziels keinen ausreichenden Rückhalt in der Bevölkerung – erst als die USA die Entscheidung zum Krieg fällten, stieg die Zustimmung zur Beteiligung auch in Europa.

Trotz des vergleichsweise geringen militärischen Beitrags machten Scharping wie Kirchbach den Anspruch der BRD geltend, als „führende und leistungsfähige europäische Nation“ entscheidenden Einfluss auf die Neuordnung Ost- und Südosteuropas zu nehmen.

Dass die BRD diesen Anspruch lauter denn je anmeldet, liegt eine andere Erfahrung des Krieges gegen Jugoslawien zugrunde: Ohne Beteiligung der BRD wäre dieser Krieg ebenfalls nicht führbar gewesen. Hätte Deutsch-

land, statt auf die Zerteilung Jugoslawiens hinzuarbeiten, eine Politik der Kriegsdienstverweigerung, der friedlichen Lösung von Konflikten betrieben, hätte dies die Legitimierung und damit Führung des Krieges praktisch und konkret unmöglich gemacht. Die Verantwortung der BRD für den Krieg zur Zerstörung Jugoslawiens geht also weit über ihren militärischen Beitrag hinaus.

Die Kommandeurstagung war wesentlich damit beschäftigt, Aufgaben abzustechen – und den Kampf um die öffentliche Meinung dafür aufzunehmen –, um nun die Militärkraft der BRD ihrem Expansions- und Herrschaftsdrang anzupassen. Dafür beansprucht die Bundeswehr für die nächsten Jahre weitaus größere Mittel, als sie der diesjährige Haushalt bereitstellt. Auch das meint Kirchbach mit dem Begriff der „Wegscheide“.

In seiner Rede zeichnete er für die Bundeswehr folgende zukünftige Aufgaben, an denen sich die konzeptionelle Neuausrichtung und Aufrüstung zu orientieren habe: zum einen die – zunehmende – Beteiligung an „multinationaler Krisenbewältigung in instabilen Regionen an der Peripherie des Bündnisses in langandauernden Einsätzen“. Zum anderen sei die BRD durch die Nato-Osterweiterung in eine „günstige Mittel Lage“ gekommen; deshalb werde die Landesverteidigung zukünftig „weit jenseits unserer Grenzen beginnen“. Die Bündnispartner müssten „rasch und wirkungsvoll“ unterstützt werden.

Als „militärische Schlüsselfähigkeiten“, die sich aus diesen „wahrscheinlichsten Einsätzen“ ergäben, nennen

Kirchbach und Scharping unter anderem: strategische Aufklärungsfähigkeit; Verlegefähigkeit über große Entfernungen über Land, zur See und in der Luft; Wirksamkeit im Einsatz, einschließlich der Vermeidung von unbeabsichtigter Schädigung der Zivilbevölkerung; Überlebensfähigkeit und Schutz, besonders vor Flugkörpern und der Bedrohung durch Massenvernichtungswaffen.

In all diesen Bereichen ist die BRD und sind auch die anderen europäischen Nato-Mächte von den USA abhängig. In all diesen Bereichen forcieren sie deshalb die Zusammenarbeit. Dazu gehört die auf dem Kölner Gipfel getroffene Entscheidung, die WEU bis Ende 2000 in der EU zu verschmelzen. In Helsinki soll dieser Beschluss konkretisiert werden; Großbritannien schlägt vor, eine schnell verlegbare „Europäische Eingreiftruppe“ zu schaffen, in der bis Ende 2003 bis zu 50.000 Soldaten für einen Einsatz bereitstehen sollen, den die Truppe „mindestens zwei Jahre“ soll durchhalten können. Dazu gehört der Beschluss Belgiens, Frankreichs, Luxemburgs, Spaniens und der BRD, das Eurokorps zu einem „Europäischen Krisenreaktionskorps“ auszubauen. Dazu gehört die von Scharping ausgehende deutsch-französische Initiative, ein Europäisches Lufttransportkommando aufzustellen. Dazu gehört ebenfalls die Herausbildung des europäischen Luft- und Raumfahrtmonopols EADS (s.S.2).

Während des Nato-Krieges und nachher ist nicht selten die These vertreten worden, dass auf Seiten des Nato-Bündnisses ein zunehmend scharfer Konflikt zwischen den USA und den europäischen Mächten tobe. Dass die USA ihre Überlegenheit gegenüber ihren Verbündeten durchaus ausspielte, scheint die These ebenso zu stützen wie der Versuch der europäischen Mächte, den Vorsprung der USA durch Forcierung ihrer Zusammenarbeit aufzuholen. Trotzdem geht die These an der realen Bedrohung vorbei.

In der konzeptionellen Neuausrichtung und Aufrüstung der Bundeswehr, wie sie sich auf der Kommandeurstagung abzeichnete, kommt das Inter-



Rund 200 demonstrierten am 26.11. in Hamburg anlässlich der Auslieferung einer hochmodernen Fregatte gegen das Fregattenprogramm. Bild: res

esse zum Ausdruck, Widerstand gegen die Interessen der Weltwirtschaft beherrschenden Mächte niederzuhalten. Das erfordert die militärische Fähigkeit zur Intervention und zur Besetzung („langandauernde Einsätze“). Kirchbach stellte für das „Zeitalter der Globalisierung“ klar: „Kein Staat kann die künftigen Herausforderungen mehr allein bewältigen, im Grunde auch nicht die Vereinigten Staaten.“ Tatsächlich muss man sich vergegenwärtigen, dass schon der Kosovo, ein kleines Gebiet auf dem Balkan, große Kräfte bindet, die die Westmächte nur im Bündnis aufbringen. Und auch der Balkan ist nur eines von den als „instabilen Regionen“ bezeichneten Gebieten, liegt nur auf dem Weg in den Kaukasus und den Mittleren Osten.



Intervention und Besetzung: Selbst der flächen- und bevölkerungsmäßig kleine Kosovo bindet große militärische Kräfte.

Deshalb ist die Aufrüstung der Bundeswehr, die Forcierung der militärischen Zusammenarbeit der europäischen Mächte, kein Zeichen verschärfter Konkurrenz zu den USA, jedenfalls nicht vorrangig; deshalb ist es auch ernst zu nehmen, wenn die USA ihre europäischen Bündnispartner und speziell die BRD dazu drängen, schneller und effektiver aufzurüsten: Die Hauptfrontlinie verläuft zwischen den westlichen Mächten und dem Rest der Welt, und die Konzeption der Niederhaltung des Widerstands macht die gewaltige Aufrüstung und ein Aufholen der europäischen Mächte im Vergleich zu den USA zur Notwendigkeit für das gesamte imperialistische Bündnis.

Die Bundeswehr soll zukünftig Einsatzkräfte „für alle Aufgaben“ verfügbar halten, und zwar „abgestuft“. An der Wehrpflicht wollen dabei weder Scharping noch Kirchbach rütteln. Mit dem Konzept der Niederhaltung bereitet sich die Nato auf Kriege vor, die die Südflanke Russlands umgreifen. Das birgt die Gefahr eines großen Landkrieges. Die Sicherung der „Aufwuchsfähigkeit“, der Mobilisierung einer großen Zahl ausgebildeter Soldaten für einen solchen Landkrieg, ist die Hauptbegründung, die Scharping und Kirchbach für die Wehrpflicht gaben. scc

6. Friedenspolitischer Ratschlag

Am Ende des Jahrhunderts: Den Krieg überwinden – den Frieden vorbereiten

Über 300 FriedensaktivistInnen waren am 4./5. zum Friedensratschlag nach Kassel aufgebrochen: Die seit Jahrzehnten Aktiven – aber auch ganz Junge, die zum ersten Mal bei so einer vielgestaltigen Versammlung dabei waren, die aus Chemnitz und Greifswald und die aus Mölln und Fürth. Dazu ausländische Gäste aus Japan, Österreich, Belgien, USA, Frankreich, Schweiz, Griechenland, Holland und Jugoslawien. In 14 Arbeitskreisen, drei Plena und einem internationalen Forum wurde ein umfangreiches und ehrgeiziges Programm bearbeitet: der Versuch, eine Jahrhundertbilanz des „kurzen 20. Jahrhunderts“ (Hobsbawm) zu ziehen – dafür standen Beiträge von Hans Arnold, Lorenz Knorr, Ernst Woit, Ulrich Sander, Regina Hagen. Die Folgen aus dem Krieg gegen Jugoslawien zu ziehen, wozu Themen wie ökologische Folgen (Knut Krusewitz), Völkerrecht (Werner Ruf), Nato-Doktrin und EU-Militarisierung gehörten. Aber auch Tschetschenien und Kaukasus, Ost-Timor und Kurdistan waren Themen. In einer anderen Gruppe wurde die Vernetzung von Hilfsprojekten für die notleidenden Kriegsoffer in Serbien beraten, in einer weiteren die Probleme diskutiert, die Jugendliche mit der gestandenen Friedensbewegung haben. Darüber hinaus bot der Ratschlag eine Fülle anregender Materialien und Literatur – und einen Überblick über die gewachsenen Aktivitäten der Friedensbewegung überall im Lande.

Ermutigend die Berichte aus Griechenland und den USA: John Catalinotto, der anstelle des verhinderten Ramsey Clark sprach, berichtete, dass in neun US-Staaten bereits Meetings zu einem Kriegsverbrechertribunal gegen die kriegführenden Politiker der USA und anderer Nato-Staaten stattgefunden hätten, dazu solche in Wien, Oslo, Novi Sad, Tokio, Sydney und Berlin.

Peter Strutinski, Sprecher des Arbeitsausschusses des Friedensratschlages, nannte die Hauptaufgaben der Friedensbewegung: die friedenspolitische Arbeit muss langfristig angelegt und verstanden werden, die Friedensbewegung hält gerade auch nach dem Jugoslawien-Krieg daran fest, dass Krieg kein Mittel der Politik schlechthin sein kann. Um das überzeugender zu vertreten, bezeichnete er die gründliche Analyse als Voraussetzung, die argumentative Präzision und die Internationalität als besonders aktuelle Notwendigkeit. Am Schluss konnte er feststellen, dass die Friedensbewegung wieder gestärkt und breiter geworden ist, dass die internationale Vernetzung vorangekommen ist und dass entgegen vieler Presseberichte die Friedensbewegung zu den Konflikten nicht schweigt. Als Beispiel verwies er auf die Verurteilung der brut-

len Militäreinsätze Russlands wie der kriegserischen Sezession tschetschnischer Separatisten.

Ausführlich wurden unter Beteiligung u.a. von Eckart Spoo und Ekkehart Sieker die Mechanismen der „Medieninszenierung“ des Krieges diskutiert – ein Lehrstück nicht nur für die Friedensbewegung, sondern alle außerparlamentarischen Bewegungen, die gegen den Mainstream schwimmen.

Vier diskutierte Aspekte bedürfen weiterer intensiverer Diskussion für die Zukunft: Erstens der moderne Luftkrieg als „Kriegsmittel des 21. Jahrhunderts“ (New York Times), in seiner Bedeutung von Ulrich Albrecht vorgestellt. Zweitens die Frage des Menschenrechtsinterventionismus, die von Wolfgang Vogt und Werner Ruf thematisiert wurde. Und drittens die mit der Rüstungsökonomie und neuen Bundeswehr-Aufrüstung verbundenen Folgen, z.B. der rasch zunehmende Sozialabbau (Jörg Huffscheid, Lühr Henken). Viertens die Frage der zivilen Alternativen, thematisiert von Christine Schweizer, zweifellos ein noch zu wenig entwickeltes Feld.

Im UNO-Jahr der „Kultur des Friedens“ und zu Beginn der von der UNO ausgerufenen „Dekade für eine Kultur des Friedens, der Menschenrechte und für die Rechte der Kinder“ verabredete man auf dem Ratschlag gemeinsame Aktionen:

- Kampagne „Keine Panzer für die Türkei!“ – Sammlung von Unterschriften, Informationsveranstaltungen, Infotische, Gespräche mit Parteienvertretern bis hin zu spektakulären zentralen Aktionen

- 24. März: 1. Jahrestag des NATO-Angriffskrieges auf Jugoslawien – örtliche Gedenk- und Informationsveranstaltungen, Tribunale, gemeinsame internationale Aktionen (Aufrufe, Aktion in Brüssel)
- Ostermärsche und andere Aktionen an Ostern, auch in Abstimmung mit Friedensbewegungen benachbarter Länder; Förderung der „Tribunal“-Bewegung;
- 24. April – 19. Mai: Überprüfungskonferenz für den Atomwaffensperrvertrag in New York; örtliche Informationsveranstaltungen; Diskussion mit Abgeordneten, Lobbyarbeit

- 1. Mai – Teilnahme an den Veranstaltungen des DGB, Unterschriftensammlung gegen Panzerexporte; Verbindung des Kampfes um Abrüstung mit dem Kampf gegen Sozialabbau

- 10. Juni: Erste internationale europäische Tribunalveranstaltung zu geostrategischen und ökonomischen Ursachen und Hintergründen des Nato-Krieges gegen Jugoslawien

- 6. August: Jahrestag des Atombombenabwurfs auf Hiroshima – örtliche Mahnwachen und Veranstaltungen; Reaktivierung kommunaler „atomwaffenfreier Zonen“

- 1. September: Beginn des 2. Weltkrieges – Veranstaltungen, Demonstrationen ...

- 3. Oktober: Tag der dtsh. Einheit – antimilitaristische Aktionen

Horst Bethge, PDS



Vereinte
Dienstleistungs-
gewerkschaft

Zum Stand von ver.di

Zwischen dem 16. und 20. November fanden in verschiedenen Städten parallel teils reguläre, teils außerordentliche Gewerkschaftstage von DAG, DPG, HBV, IG Medien und ÖTV statt. Im Mittelpunkt dieser Gewerkschaftstage stand die Diskussion und Befürwortung oder Ablehnung des Zusammenschlusses der fünf Gewerkschaften zu ver.di (Vereinigte Dienstleistungsgewerkschaft).

Einstimmige Befürwortung und stehenden Applaus hat es wohl nur bei den Delegierten der DPG gegeben. Große Zustimmung für den Prozess war jedoch auch in den anderen vier Gewerkschaften vorhanden. Anträge auf Beendigung oder Aussetzung des Prozesses gab es in IG Medien, HBV und ÖTV, jedoch fanden diese (wenigen) Anträge keine Mehrheiten.

Die Gewerkschaftstage verabschiedeten sogenannte Eckpunkte, die wesentliche – wenn auch noch grobe – Grundlagen für die neue Gewerkschaft bilden. Mit die wichtigste Entscheidung ist die zur Matrixorganisation, die den horizontalen und vertikalen Aufbau von ver.di festschreibt.

Trotz dieses Zwischenergebnisses und auch Erfolgs bleiben noch viele strittige Punkte, die in den nächsten Monaten angegangen werden müssen. Als nächstes müssen eine Satzung für ver.di erarbeitet werden wie auch Richtlinien für Themen wie Tarifarbeit, Budgetierung, Wahlen und Personengruppenarbeit. Hierfür wurde eine Gründungsorganisation gebildet.

Zum ÖTV-Gewerkschaftstag

In seiner Eingangsrede hob der ÖTV-Vorsitzende Mai nochmals die Ziele von ver.di hervor:

1. Stärke, um angesichts von Globalisierung und wirtschaftlicher Konzentration Interessen von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern langfristig wahren zu können,

2. gemeinsam größeren Einfluss auf Politik und Wirtschaft zu bekommen,
3. kampfkraftiger zu werden,
4. mehr gewerkschaftliche Macht einzusetzen,
5. auf die dynamischen Veränderungen in der Arbeitswelt und der Gesellschaft nicht nur zu reagieren, sondern vorausschauend zu agieren.

Und nach innen soll ver.di

1. für Mitglieder noch mehr Service bieten,
2. kreative Beteiligungsformen für Mitglieder ausbauen
3. noch besser in der fachlichen Betreuung werden
4. neu entstehende Berufe und Branchen besser aufnehmen
5. Konkurrenz zwischen Gewerkschaften abbauen und
6. Kompetenz und Leistungen bei verbesserter Personal- und Kostenstruktur durch größere Effizienz einsetzen.

Die Einsicht in diese Ziele wurde sicherlich nicht unerheblich durch die finanziellen Probleme aller fünf Gewerkschaften bestärkt – bedingt durch den Rückgang der Mitgliederzahlen und dies wiederum in erster Linie durch den Abbau an Beschäftigung, aber nicht nur.

Die ÖTV-Antragskommission als Ganzes sprach sich für ver.di aus, hat aber versucht, wichtige ÖTV-Prinzipien durch Beschlüsse von Anträgen in die Form von Aufträgen an den HV bzw. die ÖTV-Vertreter in der Gründungsorganisation zu bringen. Dies entsprach dem Wunsch der Mitgliedschaft, der sich in über 400 Anträgen bzw. fast 550 Änderungswünschen ausdrückte.

Darüber hinaus wurde im Vorfeld immer wieder versucht, sich mit den Antragskommissionen der anderen 4 Gewerkschaften abzustimmen, was auch an einigen Punkten gelang. Denn schließlich sind die Eckpunkte ein Konsenspapier, das nicht einseitig von einer Gewerkschaft geändert werden kann, sondern nur, wenn alle einverstanden sind. Es gab mehrere solcher „einvernehmlicher Anträge aller 5 Antragskommissionen“, z.B. beim Thema Frauen, Jugend, Arbeiterausschüsse, zur Satzung usw. Nicht allen „einvernehmlichen Anträgen“ ist jedoch gefolgt worden.

Einige Entscheidungen der ÖTV:

Alle Anträge, die einen Stopp von ver.di, das Aussetzen des Prozesses oder bereits im Vorfeld hohe Hürden (80%ige Mehrheiten) gefordert haben, wurden vom a.o. GT abgelehnt. Ebenso ein Antrag, der zum Ziel hatte, ein neues Eckpunktetpapier, quasi ein ÖTV-Eckpunktetpapier zu formulieren.

Die Matrixorganisation wurde bestätigt, dies war ein ganz wichtiger Beschluss, sonst wären ziemlich sicher die HBV und IG Medien ausgestiegen. Es wird zukünftig also 3 Ebenen (Bezirke, Landesbezirke, Bund) und 13 Fachbereiche geben.

Die Fachbereiche erhalten wesentliche Kompetenzen (u.a. für eigene berufsbezogene Arbeit, Öffentlichkeitsarbeit, weitgehende eigenständige Tarifarbeit – was nicht gleichbedeutend ist mit dem Ausstieg aus dem BAT, wie viele befürchten). Die Delegierten werden folglich zur Hälfte auf der Ebene und im Fachbereich gewählt.

Die Bildungsarbeit soll erhalten bleiben als Teil gewerkschaftlicher Arbeit und nicht privatisiert oder ausgegliedert werden.

Betriebsbedingte Kündigungen für Beschäftigte der ÖTV werden ausgeschlossen. (Diese Beschlusslage gilt für alle fünf.)

Die Frauenquote bleibt verbindlich und ohne Übergangsausnahmen bestehen.

Strittig ist die Frage der Budgetierung. Hier hat die ÖTV beschlossen, dass Budgetierung nur auf den Ebenen erfolgen soll, was noch zu Auseinandersetzungen mit den anderen führen dürfte.

Strittig ebenso die Forderung des ÖTV-Gewerkschaftstages, dass es neben den Personengruppen der Jugend, den Erwerbslosen und SeniorInnen auch noch die der Arbeiter und Beamten geben soll. Dies hat Auswirkungen auf die Zusammensetzung von Vorständen und Gremien.

Auch wollte sich die ÖTV nicht mit dem Ehrenamtsprinzip der DAG anfreunden.

Strittig auch die Frage nach der Anzahl der Bezirke. Wobei hier eindeutige Position der ÖTV ist, dass dies Angelegenheit der jeweils Beteiligten ist.

Wie geht es nun weiter?

Es wurde auch eine Gründungsorganisation beschlossen, deren Auftrag es ist, die weiteren Schritte vorzubereiten, insbesondere die Satzung von ver.di auszuarbeiten.

Darüber hinaus soll es demnächst ein politisches Grundsatzpapier geben (ist bereits im Internet bei der HBV abrufbar).

Nächstes Jahr findet der ordentliche ötv-Gewerkschaftstag statt, auf dem sicherlich wieder ein Zwischenstand beraten werden wird.

Anfang 2001 finden dann wiederum Gewerkschaftstage statt, die erst getrennt und parallel jeweils die Fusion beschließen sollen und dann anschließend gemeinsam als ver.di weitertragen.

Ver.di soll ein gleichberechtigter Zusammenschluss von vier DGB-Gewerkschaften und der DAG sein. Bewusst soll nicht eine, die größte Gewerkschaft, also die ÖTV, die anderen aufnehmen und schlucken, wie es andere vorgemacht haben. Es soll eine neue Gewerkschaft entstehen, in der sich alle fünf wiederfinden und ihre unterschiedlichen Positionen und Kulturen wahren können. Das ist wahrlich nicht einfach!

har

WTO-Treffen gescheitert

Das dritte Ministertreffen der Welthandelsorganisation (WTO) ist kläglich gescheitert. Bis in die Nacht hatten Vertreter von 135 Ländern unter Ausschluss der Öffentlichkeit versucht, einen Fahrplan für die weitere Liberalisierung des Welthandels im Rahmen der Welthandelsorganisation festzuklopfen. Vergeblich vier Tage lang. Im Laufe des Nachmittags waren innerhalb des schwer bewachten Kongresszentrums mehrere NGO-Vertreter festgenommen worden, die mit Transparenten gegen die WTO demonstrieren wollten. Nicht einmal eine gemeinsame Schlußerklärung brachten die Wirtschaftsminister in Seattle zustande. „Ein hässliches Ende einer hässlichen Woche“, hieß es in der Zeitung Seattle Post Intelligencer. „Victory“ sprühten dagegen die Betreiber eines linken Buchladens am Hafenmarkt an die Wand, „Gratulation an alle“, hieß es auf einem Aushang am örtlichen „Fair Trade“-Laden. Damit war die Stimmung Zehntausender trefflich ausgedrückt, die seit Dienstag trotz des massiven Einsatzes von Polizei und „National Guard“ gegen die WTO protestiert hatten. „Die angeblich so unaufhaltsame Wucht der Globalisierung ist auf ein unverrückbares Hindernis namens Demokratie von unten gestoßen“, sagte Lori Wallach vom grünen Verband „Global Trade Watch“. Und David Smith von der AFL-CIO freute sich, die WTO-Offiziellen würden diese Tage so schnell nicht vergessen. „Seattle sei ein „Wendepunkt in der Debatte“.

Wir dokumentieren eine Erklärung von NGOs sowie einen Hintergrundartikel aus Sicht der Arbeitsgemeinschaft bäuerlicher Landwirtschaft, beide vor dem Scheitern verfasst. hav

Netzwerk deutscher Nichtregierungsorganisationen, die zu Handelsthemen aktiv sind

Proteste führen zu heftigen Reaktionen – Ausnahmezustand unverhältnismäßig

Seattle, 30.11.1999: „Unverhältnismäßig und überzogen!“ So bezeichnete Michael Windfuhr, Koordinator des deutschen NRO-Forums Umwelt & Entwicklung, die Verhängung des Ausnahmezustands in Seattle. „Nachdem die massiven Protestaktionen gegen die WTO am Eröffnungstag der Ministerkonferenz noch einmal unterstrichen haben, dass die WTO und die Globalisierung insgesamt in einer Akzeptanzkrise stecken, stehen die Verhängung des Ausnahmezustands und die Polizeiübergriffe in eklatantem Gegensatz zu den Beteuerungen, sich gegenüber der Zivilgesellschaft zu öffnen.“

Die Proteste am 1. Tag hatten dazu ge-

führt, dass die feierliche Eröffnungssitzung im Tränengas erstickte, wie der Rest von Downtown Seattle. Schon am frühen Morgen hatten etwa 10 000 Demonstranten die Innenstadt von Seattle lahmgelegt. Höhepunkt der Aktionen zum Eröffnungstag war eine Großdemonstration am Nachmittag mit gut 40 000 Teilnehmern.

Gewerkschaften, Umweltgruppen, Studenten, Bauern- und Verbraucherorganisationen, Menschenrechts- und Dritte-Welt-Gruppen zogen durch die Stadt und erhoben mit phantasiereichen Transparenten, Musik und Straßentheater ihre Forderungen. Häufige Parolen waren: „Fairer Handel statt freier Handel“, „Globalisierung für die Menschen und nicht für die Profite“, „Keine neue WTO-Runde.“ VertreterInnen der deutschen NRO in Seattle nahmen gemeinsam mit der Bauernorganisation „La Via Campesina“ an der Demonstration teil.

Während die Demonstranten auf den Straßen dominierten, begannen im Stillen die Verhandlungen. Getreu alter WTO-Tradition werden die entscheidenden Gespräche und Verhandlungsfortschritte auch in Seattle in Hinterzimmern ausgehandelt. Die Verhandlungen sind in fünf Arbeitsgruppen unterteilt, zu denen jeweils nur 15 bis 20 Länder Zugang haben. Doch auch dort wird nicht über Fortschritte im Verhandlungstext gerungen. Vorschläge für Ergebnisse kommen ausschließlich aus den Hinterzimmerberatungen, an denen nur wenige Hauptakteure beteiligt sind. Gegen dieses Vorgehen hat ein gutes Dutzend Entwicklungsländer bei WTO-Generaldirektor Moore protestiert. Ein erster solcher Textvorschlag wurde für die Agrargespräche von den USA und den in der CAIRNS-Gruppe zusammengeschlossenen Agrarexportnationen vorgelegt. Diese Gruppe, die sich für eine weitreichende Liberalisierung im Agrarhandel einsetzt, konnte nicht nur drei neue Mitglieder, sondern auch mit Indien und anderen Entwicklungsländern neue Unterstützer gewinnen. Diese Verstärkung der Allianz wird die EU im Agrarbereich zusätzlich unter Druck setzen.

Die EU agiert gleichzeitig ausgesprochen ungeschickt. Im Laufe des Dienstags versuchte sie, die Initiative bei den Verhandlungen zu übernehmen, indem sie eine neue Version ihrer Verhandlungsposition erarbeitete. Zweck der überarbeiteten Position soll es sein, als mögliches Konsenspapier für den Fortgang der Verhandlungen zu dienen. Verhandlungsstrategisch dürfte dies allerdings ein Schuss nach hinten sein, denn ohne Not hat die



EU schon jetzt wichtige Positionen geräumt, bevor die eigentlichen Verhandlungen beginnen.

Während im Agrarbereich noch wenig Bewegung bei der EU festzustellen ist, hat die EU im Umweltbereich schon weitreichende Zugeständnisse gemacht. „Tragisch ist es schon, dass die EU bereits jetzt einer der Hauptforderungen der USA nachgegeben hat und der Behandlung des Themas Biotechnologie im Rahmen einer Arbeitsgruppe zustimmen will,“ kritisiert Peter Fuchs vom BUND den Schwenk der EU.

Die Veranstaltungen der Nichtregierungsorganisationen hatten am Dienstag den Schwerpunkt Handel und Menschenrechte. Vertreter aus verschiedensten Teilen der Welt trugen Beispiele zusammen, wie die Zunahme der Regelungsdichte in der Weltwirtschaft zu Verletzungen insbesondere bei wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Menschenrechten führen kann.

Dabei wurde deutlich, dass eine schnelle Liberalisierung und neue internationale Standards sich oft auf besonders verletzte Bevölkerungsgruppen negativ auswirken. Eine schnelle Marköffnung hat in verschiedenen Entwicklungsländern im Agrarbereich dazu beigetragen, dass Kleinbauern aus der Produktion gedrängt wurden. Die drohende Patentierung von Saatgut könnte den Zugang zu kostengünstig verfügbarem Saatgut gefährden. Dies führt dann zu Menschenrechtsverletzungen, wenn die betroffenen Gruppen damit ihre Fähigkeit verlieren, sich selbst zu ernähren.

Im Hinblick auf das Recht auf Gesundheit wurde deutlich, welche Auswirkungen neue WTO-Regelungen zum Schutz geistigen Eigentums haben können. Seit einiger Zeit drängt die USA Südafrika zu einem verstärkten Patentschutz bei AIDS-Medikamenten, die die Kosten für eine angemessene AIDS-Behandlung in diesem Land mit einer hohen Infektionsquote erheblich erhöhen könnte.

Gemeinsames Ergebnis der Diskussionen über Menschenrechte und Welthandel war, dass viele der derzeitigen Regeln der WTO schon jetzt die Fähigkeit von Staaten einschränken, die Menschenrechte wirkungsvoll durchzusetzen. •



Der europäische Bauer und die WTO

Wenn die Wirtschaftsminister der 135 Mitgliedsländer der Welthandelsorganisation sich vom 30.11. bis 3.12.1999 in Seattle treffen und eine neue Verhandlungsrunde zum Weltagrarhandel ins Leben rufen, beginnt für Europas Bauern eine Zeit des Bangens. Denn es ist sehr unwahrscheinlich, dass die europäische Agrarpolitik unverändert bestehen wird. Vieles spricht für eine beschleunigte Liberalisierung, mit der Folge eines Bauernsterbens ungeahnten Ausmaßes. Und daran trägt die Agrarlobby einen nicht unerheblichen Anteil Schuld. Denn der Ernst der Lage wird von den Standesvertretern immer noch nicht gesehen, und so vertritt die Europäische Union eine Lemming-Politik, welche die Situation nur noch verschlimmert.

Hintergrund

Bis 1994 wurde lediglich der Handel mit Industrieprodukten durch das Allgemeine Zoll- und Handelsabkommen (GATT) geregelt, der Agrarhandel unterlag ausschließlich nationaler (bei uns europäischer) Gesetzgebung. Seit fünf Jahren gibt es die Welthandelsorganisation WTO als Durchführungsorganisation des GATT, und mit ihrer Gründung wurde u.a. auch der internationale Handel mit Agrarprodukten unter ihre Zuständigkeit gestellt. Die Grundprinzipien der WTO sind die Gleichbehandlung von inländischen und ausländischen Anbietern, die Gleichbehandlung von Anbietern aus verschiedenen Drittländern, die Umwandlung von mengenmäßigen Handelsbeschränkungen in Zölle und der fortschreitende Abbau dieser Zölle. Die Agrarreform von 1992 ebenso wie die Agenda 2000 waren nicht zuletzt Versuche der EU, den Agrarmarkt etwas zu öffnen, ohne an der hochgradig protektionistischen Politik wirklich etwas zu ändern.

Zum Verständnis der derzeitigen, nahezu ausweglosen Situation ist es wichtig zu wissen, wie das WTO-Agrarabkommen zustande gekommen ist: Nach fünfjähriger Verhandlungsdauer und

weitgehender Einigung auf eine große Zahl von neuen Verträgen über weitere Zollsenkung für Industrieprodukte, die Regelung von Textilien und Dienstleistungen, geistigen Eigentumsrechten und Streitschlichtung drohten die Verhandlungen 1994 am Agrarbereich zu scheitern. Dort standen sich EU, USA, andere Agrarexporteure und die armen Länder mit Nahrungsmangel unversöhnlich gegenüber. Im letzten Moment einigten sich USA und EU auf einen Kompromiss, der für beide nur unbedeutende Veränderungen ihrer Agrarpolitik erforderte, während die Entwicklungsländer ihre Märkte weitgehend öffnen mussten. Die Zustimmung der importabhängigen Entwicklungsländer wurde mit dem Versprechen erkaufte, ihnen zu helfen, wenn aufgrund der Handelsliberalisierung die Weltmarktpreise steigen.

Dies ist aber nie umgesetzt worden. Die Exportländer wurden mit den Liberalisierungen in anderen Bereichen abgespeist, und EU und USA drohten mit dem Scheitern der gesamten Verhandlung. So kommt es, dass die Entwicklungsländer sich (unabhängig davon, ob sie im Agrarbereich Exporteure oder Importeure sind) betrogen fühlen und nun auf weitreichende Nachbesserungen setzen.

Position der EU: „multifunktional“

Die Verhandlungsposition der EU lässt sich wie folgt zusammenfassen: Landwirtschaft ist „multifunktional“, neben der Produktion gibt es andere Funktionen der Landwirtschaft wie Umweltschutz, Landschaftserhaltung, Erhalt der biologischen Vielfalt u.a. Diese rechtfertigen Außenschutz und Subventionierung der Landwirtschaft. Gleichzeitig versucht die EU aber, eine exportorientierte Agrarpolitik durchzusetzen, indem sie an der Exportsubventionen festhält und bei anderen Ländern eine weitergehende Marktöffnung einklagt. Die EU setzt insbesondere auf den Erhalt der so genannten „blue-box“-Maßnahmen wie den direkten Einkommensübertragungen; das sind Maßnahmen, die als Ausnahme zwar produktionsabhängig, also marktbeeinflussend wirken, aber mit einer Produktionsminderung (z.B. Flächenstillegung) verbunden sind.

Kampf um „blue box“

Ursprünglich war auch das US-amerikanische Subventionssystem vergleichbar ausgestattet, inzwischen haben die USA mit ihrem neuen Agrargesetz von 1997 die Zahlungen komplett von der aktuellen Produktion abgekoppelt und lassen sie insgesamt bis 2004 auslaufen. (Die inzwischen wegen flächendeckendem Farmsterben wieder aufgenommenen Ausgleichszahlungen sind ebenfalls unabhängig von der aktuellen Produktionsmenge). Das bedeutet: Die EU sind das einzige Land, das noch „blue-box“-Subventionen zahlt, und: Die EU zahlen 90% der weltweiten Exportsubventionen. Wer so alleine steht, muss sich nach

Bündnispartnern umsehen und dafür weitreichende Angebote machen! Hierfür gibt es nun zwei Strategien, die die EU einschlagen kann:

Strategie Liberalisierung

Man folgt den Vorstellungen der Wirtschaftsminister, dass auch der Agrarbereich kräftig liberalisiert wird. Damit würden die USA und die Agrarexportländer einverstanden sein. Je nachdem, wie weit diese Liberalisierung ginge, könnte die EU eventuell beim Verbraucherschutz (z.B. Rinderwachstumshormonen) auf Entgegenkommen hoffen. Wenn die Entwicklungsländer für die Zustimmung zum Abschluss von Bedeutung sein sollten, kann man noch einige weitergehende Marktöffnungen anbieten, falls überhaupt noch Außenschutz erhalten bleibt.

Ergebnis wäre eine Landwirtschaft wie in den USA, mit wenigen Hochleistungsregionen und einem vollständigen Strukturwandel in den Mittelgebirgslagen und sonstigen benachteiligten Gebieten weg von der Landwirtschaft. Und die Regierung muss erst noch erfunden werden, die genauso viele Subventionen in die Regionalförderung steckt wie aktuell in die Landwirtschaft. Nach Ende dieser Liberalisierungsstufe würden optimistisch geschätzt 200.000 Bauernhöfe in Deutschland überlebt haben.

Strategie Binnenmarkt

Die alternative Strategie: Man versucht, den importorientierten Entwicklungsländern das Konzept der Multifunktionalität „schmackhaft“ machen: Dafür müssen die Exportsubventionen sofort gestrichen werden, die Ernährungssicherung (gemeint ist hier Hungerbekämpfung, nicht Verbraucherschutz) als eine Funktion der Landwirtschaft anerkannt und mit funktionierenden Instrumenten versehen werden und der Markt der EU vorsichtig für Produkte aus Entwicklungsländern geöffnet werden, etwa im Zuckerbereich. Die EU müsste über eine entsprechende Ausgestaltung der Agrarpolitik garantieren, dass keine Produkte in Entwicklungsländer exportiert werden, die mit Hilfe von Subventionen welcher Art auch immer produziert wurden.

Es ist nicht sicher, ob es für eine solche Binnenmarkt-orientierte Agrarpolitik bei der WTO Mehrheiten finden ließen, aber es ist die einzige verbliebene Chance, die europäische Agrarlandschaft mit ihren Kleinbetrieben, Familienbetrieben und mit ihrer (zumindest prinzipiellen) Orientierung am Nachhaltigkeitsprinzip zu retten. Wie genau die Mengensteuerung aussehen sollte, dazu muss die AbL (Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft) einen ernstzunehmenden Diskussionsbeitrag liefern, und das wird sie auch, davon bin ich überzeugt.

Dr. Rainer Engels, Geschäftsführer GER-MANWATCH, Mitglied der AbL

Quelle: Unabh. Bauernstimme 11/99

Auf der Suche nach einem anderen Modell

(Havanna, 22. November 1999, *na-Poona*). – Kubanische Funktionäre zeigen sich überzeugt von der wirtschaftlichen Erholung ihres Landes und weisen die Kritik an der Kombination der Prinzipien des freien Marktes mit dem Sozialismus zurück. Der Minister für Wirtschaft und Planung, José Luis Rodríguez, geht von einer Steigerung des Bruttoinlandsprodukts (BIP) aus, die über der offiziellen Voraussage von 2,5 Prozent für dieses Jahr liegen wird. Das Wachstum im ersten Halbjahr lag wesentlich höher als erwartet. 1998 war lediglich ein Wirtschaftswachstum um 1,2 Prozent zu verzeichnen gewesen. Die Regierung sieht die Ursache für den Anstieg des BIP von 6,1 Prozent in den ersten sechs Monaten dieses Jahres in der Entfaltung des Tourismus und der erhöhten Zuckerproduktion. Die Zuckerernte lag 1998-99 über 500.000 Tonnen höher als die des letzten Jahres. Die Tourismusbranche wuchs um 20 Prozent.

Rodríguez prophezeit, dass die Wirtschaft in den nächsten zwei bis drei Jahren Wachstumsraten von vier bis sechs Prozent erreichen kann: „Ich glaube, wir sind jetzt in einer Etappe, in der wir einen bestimmten Wachstumsrhythmus aufzubauen vermögen“, erklärte er. „Aber selbstverständlich hängen wir noch immer vom Klima und den Weltmarktpreisen ab“.

Einige Beobachter meinen dagegen, dass die wirtschaftliche Öffnung während der 90er Jahre nicht vollständig war. Die Regierung hätte die Wirtschaft eingeschnürt, weil sie sich der Privatisierung der Staatsbetriebe verweigert, kleine und mittlere Unternehmen nicht finanziell unterstützt und den Umfang des Staatsapparates nicht drastisch verkleinert hätte. Allerdings haben die Auslandsinvestitionen, für welche die Regierung eine zentrale Rolle in der neuen Wirtschaftspolitik vorsieht, stark zugenommen. In den ersten vier Monaten dieses Jahres sind 25 neue Projekte mit privatem und kubanischem Kapital gestartet worden. Im letzten Jahr waren es insgesamt nur 58 Joint Ventures. Gleichzeitig konnte die Inflation bei drei bis fünf Prozent gehalten werden und der Peso wurde in den letzten Jahren wieder stärker. Der Kurs steht jetzt bei 21 Pesos für einen US-Dollar.

Allerdings könnten die diesjährigen Lohnerhöhungen einen inflationären Prozess auslösen. Lehrer, Polizisten und Angestellte im Gesundheitswesen werden Gehaltserhöhungen erhalten, die etwa 450 Millionen US-Dollar zusätzlich in die Wirtschaft fließen lassen. Im Juni hat die Regierung allerdings auch die Erhöhung der Verkaufssteuern, sowie der

Abgaben für öffentliche Dienstleistungen und Geldgeschäfte mit ausländischer Währung angekündigt. Dies könnte dazu beitragen, die Inflation zu kontrollieren. Der Plan für wirtschaftliche und soziale Entwicklung in Kuba für 1999 konzentriert sich auf die Steigerung der Produktion von grundlegenden Konsumgütern. Er enthält außerdem einen bescheidenen Zuwachs des Haushalts für Bildung, Gesundheit und öffentliche Sicherheit. Im Hinblick darauf, dass 70 Prozent der Einnahmen mit dem Verkauf von Zucker und Nickel erzielt werden, macht der kontinuierliche Preisverfall für diese Produkte auf dem Weltmarkt tendenziell ein geringes Wachstum wahrscheinlich. Aufgrund des gesunden Wachstums des ersten Halbjahres kündigte die Regierung im Juni an, die Auslandsschulden von 11,2 Milliarden US-Dollar zurückzahlen zu wollen. Diese Summe enthält nicht die Schulden mit den Ländern des ehemaligen Ostblocks, da sie nicht in harter Währung ausge-



wiesen werden. Und Kuba benötigt neue Kredite, wobei es allerdings Unsicherheiten gibt, wie die alten Schulden umstrukturiert werden sollen und die Kreditwürdigkeit erreicht werden kann. Das Zusammenwirken der Einstufung Kubas als sehr risikoreich und der Druck der USA, die internationalen Kredite an Kuba zu reduzieren, haben die Kreditkosten für das Land in die Höhe getrieben. So muss Kuba bis zu 20 Prozent Zinsen für kurzfristige Anleihen zahlen. Die kubanischen Behörden schätzen die so entstehenden zusätzlichen Kosten auf 150 Millionen US-Dollar pro Jahr. Mit fast der Hälfte der Auslandsschulden ist Kuba bei Japan, Spanien und Frankreich in der Kreide. Aufgrund des Widerstandes der USA konnte Kuba eine Umstrukturierung seiner Schulden nicht mittels des Pariser Clubs der verschuldeten Nationen verhandeln. Stattdessen musste es sich auf bilaterale Verhandlungen konzentrieren. „Wenn wir die Möglichkeit hätten, die Schulden neu zu verhandeln, würden wir die Maßnahmen, die Finanzinstitutionen wie der Internationalen Währungsfonds (IWF) oder die USA anderen Ländern auferlegen, nicht akzeptieren“, versichert Vizepräsident Carlos Lage. Beobachter aus den USA bezwei-

feln, dass die kubanische Wirtschaft auf sozialistischer Grundlage wieder aufgebaut werden kann. Während einer Konferenz in Miami sagte Robert David Cruz, Analytiker der Washington Economic Group, in einer Arbeitsgruppe über die wirtschaftliche Transformation auf Kuba, dass „das kubanische System für eine Marktwirtschaft inakzeptabel ist“. Wenn allerdings das Embargo durch die USA aufgehoben würde, hätten die Hardliner auf Kuba „keine Entschuldigung mehr“, um sich der Privatisierung zu widersetzen. Das Resultat wäre die politische Instabilität, bekräftigt Ana Julia Jatar von der Organisation Interamerican Dialogue.

Kuba ist mit seinen Kritikern einer Meinung, dass eine Öffnung der Wirtschaft für das private Kapital, wie sie Russland am Beginn der 90er Jahre vollzog, destabilisierend wirken würde. Obwohl die US-Funktionäre das Embargo ihres Landes verteidigen, um Kuba zu einem Wechsel zu zwingen, hat dies in der

Praxis geholfen, den Druck auf die politischen Strukturen zu schmälern und den Kredit- und Kapitalzufluss in die Wirtschaft zu beschränken. Für die kubanische Führung nutzt die Liberalisierung der Wirtschaft ohne staatliche Kontrolle lediglich den Interessen der USA. Sie hat ein alternatives Modell angeboten, das sie aufrechterhält, und Kuba auf die globalisierte Wirtschaft vorbereiten wird. Im Juli

bekräftigte Vizepräsident Lage die Verpflichtung Kubas gegenüber dem sozialistischen Modell wie auch gegenüber der Öffnung der Wirtschaft. Dies nannte er „die Einfügung der wirtschaftlichen Strukturen Kubas in die Veränderungen und Entwicklung der Weltwirtschaft.“ Dabei betonte er mit Nachdruck, dass diese Einfügung sich innerhalb des sozialistischen Systems erreichen lasse. Im Rahmen des Iberoamerikanischen Gipfels, der am 15. und 16. November in Havanna stattfand, stellte die kubanische Regierung ihr alternatives Wirtschaftsmodell vor. Während eines Treffens der Wirtschaftsminister Iberoamerikas erklärte der Finanzminister Manuel Millares den lateinamerikanischen Delegierten, dass das System, das ihre Länder angenommen haben, nicht funktioniere. Obwohl die Wirtschaft in Lateinamerika nach der katastrophalen Rezession in den 80er Jahren wieder wachse, habe dies die Armut nicht bekämpft, erklärte er. Millares bezog sich auf eine apokalyptische Vision, die Präsidenten Fidel Castro regelmäßig wiederholt. Er warnt davor, dass, wenn die Globalisierung weiter nur den Interessen einer Minderheit diene, sie „früher oder später zur Zerstörung der Menschheit führt.“



In Israel wächst langsam die Bewegung für die Freiheit von Mordechai Vanunu. Seit zwölf Jahren ist Vanunu inhaftiert. In den letzten Tage wurden erstmals Teile seines bisher streng geheimgehaltenen Vernehmungs- und Prozessprotokolls veröffentlicht. Gleichzeitig fordert Jossi Katz, ein Parlamentarier von Arbeitspartei / Ein Israel, ihn freizulassen. Es sei „einfach nicht richtig, ihn weiter zu quälen“. Aber auch Katz, der mit seinen Aktivitäten einen breiten Konsens in Israel bricht, will die eventuelle Freiheit Vanunus an Bedingungen knüpfen, so etwa an das Verbot, Presseinterview zu geben. – Vanunu arbeitete seit Ende der 70er Jahre als Techniker im israelischen Atomforschungszentrum in der Negev-Wüste. 1986 gelang es ihm, Fotos in dem Forschungsreaktor zu machen und damit Beweise für Israels Atomprojekt zu erbringen; er verließ Israel und gab die Fotos an eine britische Zeitung, die sie veröffentlichte. „Ich wollte bestätigen, was alle wussten“, sagte Vanunu, der vor seiner Flucht in einer linken Friedensorganisation mitgearbeitet hatte, vor Gericht, „Jetzt kann Schimon Peres nicht länger lügen und sagen, dass Israel keine Atomwaffen hat.“ Der israelische Staat rächte sich fürchterlich. Gleich nach Veröffentlichung der Bilder wurde Vanunu vom Geheimdienst Mossad aus Rom verschleppt und in Israel vor Gericht gestellt. Er wurde zu 18 Jahren Einzelhaft verurteilt. Bis zum letzten Jahr, elf lange Jahre also, saß Mordechai Vanunu in strengster Isolationshaft. Nicht einmal jetzt gelang es dem Parlamentarier Katz, eine Besuchserlaubnis zu erwirken. Bis heute weigert sich die Regierung, ihr Atomprogramm auch nur zur Debatte zu stellen.

Jugoslawien: Forderungen jugoslawischer Zwangsarbeiter

Seit 1962 versucht die jugoslawischen Regierung, die Entschädigung für die Opfer der Nazi-Verfolgungen zu regeln, das stieß aber regelmäßig auf eine Ablehnung der deutschen Seite. Demnächst vollenden sich zehn Jahre, seit die jugoslawischen Internierten selbst versuchten, ihre Rechte auf Entschädigung für Zwangsarbeit geltend zu machen. Der Jugoslawische Verband der Bürger-Internierten in deutschen Arbeitslagern in Norwegen reichte beim Bundestag und bei der Bundesregierung 1990 einen Antrag auf die Erstattung der Forderungen für die ausgeübte Zwangsarbeit an zahlreichen Baustellen deutscher Streitkräfte in diesem Land ein. Von der Regierung Kohl kam eine abschlägige Antwort.

Der Jugoslawische Verband wandte sich bereits im Frühjahr 1999 im Namen der Häftlinge aller Konzentrationslager an Bundeskanzler Schröder. Auch hier nur ausweichende Kommentare. Die jugoslawischen Internierten sind der Auffassung, dass ein Recht auf Entschädigung oder „Hilfe“ folgende Kategorien von Zwangsarbeitern haben:

- Häftlinge der Konzentrationslager;
- Kriegsgefangene aus dem Aprilkrieg 1941 ;
- Internierte in deutschen Lagern in Griechenland und Zwangsmobilisierte im Bergwerk Bor, in Trepca und auf anderen Arbeitsstätten im besetzten Serbien und Montenegro;
- Zwangsarbeiter in den Lagern der Organisation TOT.

Ebenso setzen sich die jugoslawischen Internierten dafür ein, dass das Recht auf Hilfe den Familien und Nachkommen der in den Lagern gestorbenen, getöteten und verschwundenen Personen sowie jener nach 1945 Verstorbenen anerkannt wird. (Quelle: Serbien in der Welt)

Faschistischer Ackerbau

Zurück zur Scholle wollen Neonazis in Spanien: Sie haben begonnen, das von seinen Bewohnern vor zwanzig Jahren verlassene Dorf Los Pedriches bei Valencia aufzukaufen. Wie die Wochenzeitung Costa Blanca Nachrichten Mitte November berichtete, nutzen Mitglieder der international agierenden Nazi-Organisation „The Third Position“ den Ort als Arbeits- und Feriencamp, ein Haus sei be-

reits renoviert worden. Die Gruppe, die bisher hauptsächlich in Großbritannien agierte, steht nach Angaben von Scotland Yard im Verdacht, Bombenanschläge auf Bars mit ausländischen oder homosexuellen Besitzern verübt zu haben. Glaubt man den Erklärungen der Organisation, plant sie mit dem Aufkauf und Ausbau verlassener Dörfer in Europa die „Neue Wiedereroberung“ und „Regenerierung“ des Kontinents. (Quelle: Jungle World)

Mit der A-Card durch Österreich

Österreichs Rechtsextreme stecken voller Ideen: Schulkinder ohne österreichischen Pass will die Freiheitliche Partei (FPÖ) auf ansteckende Krankheiten wie Tuberkulose untersuchen. Und für erwachsene Nicht-Österreicher soll es die elektronische A-Card geben, die alle persönlichen Daten, z.B. auch über Krankheiten, ein Foto und natürlich – wie üblich bei Verdächtigen – Fingerabdrücke enthält. Das A stehe dabei nicht für Ausländer, sondern für Austria, erklärte Helene Partik-Pable, die den Posten der Sicherheitssprecherin in der Haider-Partei besetzt. Und alles nur zum Wohl der Betroffenen: Mit der A-Card könnten sich die legal in Österreich lebenden Ausländer von den „Illegalen“ absetzen. Noch stößt der neueste FPÖ-Vorschlag auf Widerspruch bei den anderen Parteien – ganz im Gegensatz zu anderen Programmpunkten der Rechtsextremen. So hat Innenminister Karl Schlögl gerade ganz im Haiderischen Sinne die ohnehin äußerst geringe Einbürgerungsquote um 20 Prozent auf insgesamt nur noch 8 000 Personen für das nächste Jahr gesenkt. (Quelle: Jungle World)

China: Arbeiterprotest

Laut Information Centre of Human Rights and Democratic Development in China (Hong Kong) haben 400 Arbeiter gegen die Schließung der staatseigenen Elektrofabrik Xian protestiert. Die Demonstranten hatten die Fabrik, die gerade abgerissen wird, umstellt. Als die Polizei versuchte, den Protest aufzulösen, kam es zu gewalttätigen Zusammenstößen, bei denen fünf Personen verletzt wurden. Die Regierung hatte den Arbeitern versprochen, dass die Produktion in einer neugebauten Fabrik weitergehen solle und sie dort neue Jobs finden werden. Aber die alte Fabrik wurde geschlossen und die neue nicht gebaut. Die Arbeiter beschuldigen das Management, den Grund und Boden zu ihrem eigenen Profit verkauft zu haben. Die SCMP fragte bei der Polizei in Xian nach, dort wurden Zusammenstöße zwischen Polizei und Demonstranten geleugnet. Aber es gab die Auskunft, dass Proteste im Zusammenhang mit der Reform der staats-eigenen Betriebe üblich seien. (Quelle: South China Morning Post, 26.11.99)

Zusammenstellung: hav

KÖLN. 200 Leute demonstrierten am 19. November (Bild) in Düsseldorf vor dem Landtag und dem Innenministerium für ein Bleiberecht der illegal in NRW lebenden Kurdinnen und Kurden. Das fast zwei Jahre laufende Wanderkirchenasyl ist massiv bedroht: Das NRW-Innenministerium hat gegenüber den Leitungen der Evangelischen Kirche im Rheinland und von Westfalen erklärt, es sei nicht mehr bereit, ein „Hinhalten“ weiter hinzunehmen. Daraufhin brachte Landeskirchenrat Gutheil in einem Termin mit den Zufluchtgewährenden evangelischen Gemeinden des Rheinlands erneut die Idee einer „begleitenden Rückführung“ ins Spiel.



Kommunale Initiativen zur Zwangsarbeiterentschädigung

DORTMUND/MÜNCHEN. Die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten NRW hat in mehreren Städten, u.a. in Dortmund am 9. November, damit begonnen, Bürgeranträge zur Zwangsarbeiterentschädigung durch die Kommunen zu stellen. Auch Städte und Gemeinden nutzten die Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter aus. Allein in Dortmund z.B. waren ständig fast 30.000 tätig, 6000 von ihnen kamen beim Bombenräumen oder während der Luftangriffe ums Leben. Andere starben an Misshandlungen. Die VVN-BdA ruft Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter, überhaupt alle Mitbürger auf, die Forderungen an die Städte und Gemeinden mit ihrer Unterschrift zu unterstützen.

Die Münchner Stadtratsfraktionen von SPD und Grünen/Rosa Liste beantragten jetzt, dass drei Millionen Mark aus dem Stadthaushalt in eine Stiftung zur direkten oder mittelbaren Entschädigung Münchner Zwangsarbeiter fließen sollen. Außerdem appellieren sie an alle Münchner Unternehmen, ihrer historischen Verantwortung nachzukommen. Und es soll geprüft werden, welche Kooperationsprojekte mit der Partnerstadt Kiew möglich sind. Aus der Hauptstadt der Ukraine stammten die meisten der von der Kommune beschäftigten Zwangsarbeiter. Bislang wollte sich der Städtetag nicht an dem geplanten Entschädigungsfonds von Industrie und Bundesregierung beteiligen. Durch den Antrag soll auch dieses Gremium zum Umdenken gebracht werden. *baf*

„Walser-Bubis-Streit“

FRANKFURT/MAIN. Die GEW Frankfurt hat – zusammen mit dem Bezirksverband der IG Medien – eine Broschüre herausgebracht mit dem Titel *Das Gedenken an die vom Nazi-Regime Verfolgten und Ermordeten und die „Walserdebatte“* mit Beiträgen zum Thema „Erinnerung sollte von innen kommen“ (Horst-Eberhard

Richter), „Antizionismus und Martin Walser“ (Daniel Strauß), Kritik an Walsers Roman ‚Ein springender Brunnen‘ (Benjamin Ortmeyer) und „Der 27. Januar als Jahrestag der Befreiung Auschwitz und das Gedenken heute“ (Moritz Neumann). Im Anhang ist neben weiterer Materialien die Originalrede von Martin Walser in der Paulskirche und die Antwortrede von Ignaz Bubis in der Berliner Synagoge abgedruckt. Bestellungen gegen 10 DM in Briefmarken bei GEW Ffm, Bleichstr. 38a, 60313 Frankfurt, Tel/Fax 069/29 18 19. *Aus Fankf. Lehrerzeitung*

Ein neues Sozialbündnis will sich in die Landespolitik einmischen

HAMBURG. Für den 28.11. hatten die Sozialpolitische Opposition Hamburg (SO-PO), die Jusos Hamburg, die Abteilung Kirchen und Wohlfahrtspflege der ÖTV und die Bürgerschaftsgruppe Regenbogen – für eine neue Linke, mit Unterstützung vieler Organisationen und Einzelpersonen, zu einer eintägigen Konferenz eingeladen. Mehr als 200 HamburgerInnen sind gekommen und diskutierten – kontrovers, ideenreich und mit Lust auf weitere Zusammenarbeit. Die Konferenz konnte sich nicht mit allen Fragen der sozialen BürgerInnenrechte beschäftigen. Doch wurden exemplarische Forderungen zur Jugend- und Arbeitsmarktpolitik, zur Sozialhilfepflege, zur ambulanten Pflege und zu den Perspektiven der sozialen Arbeit formuliert. Als ein Ergebnis der Konferenz und Zwischenschritt in dem gemeinsamen Diskussionsprozess wurde eine Abschlusserklärung erarbeitet. Im nächsten Jahr soll die Konferenz „Lichter der Großstadt“ fortgesetzt und bilanziert werden, wie weit sich die gemeinsamen Initiativen, programmatischen und auch kontroversen Diskussionen um eine solidarische Stadtpolitik entwickelt haben. „Die Vernetzung der sozialpolitischen Akteure ist dringend erforderlich! Utopien und neue, kooperative Konzepte sind nötig. Nehmen wir den Kampf auf um die Begriffe und die Köpfe der Menschen. Lassen wir nicht zu, dass durch betriebswirtschaft-

liche Kalküle parteiiche soziale Arbeit zerstört wird.“ *Lokalber. Hamburg 24*

„Talfahrt in die Armut“ – Vereine und Verbände demonstrieren

SCHWEINFURT. „Verschämte Armut – unverschämter Reichtum“, unter diesem Motto zogen Beschäftigte von kirchlichen und sozialen Beratungsstellen am 27. November durch die Innenstadt und verteilten Flugblätter. 3900 der 56000 Menschen in Schweinfurt sind auf Sozialhilfe angewiesen. Nirgendwo sonst in Bayern ist in den vergangenen zwei Jahren die Zahl der Sozialhilfe-Empfänger stärker angestiegen, ist deren Dichte höher als in der unterfränkischen Industriestadt, deren Arbeitsmarkt von den Konzernen SKF, FAG-Kugelfischer und Mannesmann bestimmt wird. Darauf weist die „Sozialkonferenz der Stadt Schweinfurt“ hin, die am 29. November ihren Armutsbericht vorstellte. Sie fordert u.a. verstärkte Aktivitäten auf dem 2. und 3. Arbeitsmarkt: „Solche Arbeitsmärkte werden auf Sicht in unserer Region weiter notwendig sein. Sie können nicht mehr in der Hoffnung auf ein Beschäftigungswunder zeitlich begrenzt bleiben. Lassen Sie uns alle gemeinsam nachdenken, wie wir eine Verstetigung dieser Mittel und der damit verbundenen Einrichtungen und Arbeitsplätze erreichen. Ständig unterbrochene ABM-Biographien können für niemanden erstrebenswert sein.“ Die CSU-Oberbürgermeisterin Gudrun Grieser sieht dafür „keinen Bedarf“. Eine bestimmte Zahl von Menschen sei aus gesundheitlichen Gründen dazu nicht in der Lage. Und die „ganze Wahrheit“ sei, dass es Sozialhilfe-Empfänger gebe, „die das gar nicht wollen“. *Quelle: nss 24 und SZ 29.11.*

DGB unterstützt türkische Familien beim Erziehungsgeld

STUTTGART. Die stellv. DGB-Landesvorsitzende Anne Jenter hat alle türkischen Familien aufgerufen, ihren Anspruch auf Landeserziehungsgeld geltend zu machen. Sie kritisierte die „Verzögerungs-

taktik“ des Sozialministeriums, das trotz der eindeutigen Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs türkischen Familien das Landeserziehungsgeld weiter verweigert. Diese Ungleichbehandlung, so Anne Jenter, müsse sofort beendet werden. Das Sozialministerium könne sich auch nicht damit herausreden, dass wegen des neuen Staatsbürgerschaftsrechts nach dem 1. Januar 2000 geborene Kinder türkischer Familien die deutsche Staatsbürgerschaft durch Geburt erwerben. Dies gelte nur für Kinder, deren Eltern sich 8 Jahre rechtmäßig in der Bundesrepublik aufgehalten haben und eine Aufenthaltsberechtigung oder seit drei Jahren eine unbefristete Aufenthaltserlaubnis besitzen. Alle türkischen Frauen sollen jetzt für das dritte Erziehungsjahr ihrer Kinder Anträge stellen. Der DGB werde bei Ablehnung Hilfestellung leisten. *Quelle: PM DGB 24.11.*

86 535 Unterschriften für ein Volksbegehren „die bessere Schulreform“

MÜNCHEN. Ein breites Bündnis aus Verbänden der Volksschullehrer, der Eltern, der Landtagsopposition und des DGB will mit einem Volksbegehren die geplante Schulreform der bayerischen Staatsregierung stoppen. Am 3. Dezember wurden die dafür gesammelten Unterschriften überreicht. 10x so viele müssen dann in einem Volksbegehren dafür plädieren, bevor es zu einem Volksentscheid kommen kann. Es geht um die sechsstufige Realschule, die die Staatsregierung bereits umgesetzt. Das Volksbegehren will stattdessen in der fünften und sechsten Klasse eine Aufbaustufe, um Schülern nicht nur nach der vierten Klasse, sondern auch nach der sechsten die Chance zu geben, an ein Gymnasium oder eine Realschule zu wechseln. CSU-Generalsekretär Goppel wettert dagegen: „Die sechsstufige Realschule abzuschaffen und eine Orientierungsstufe einzuführen ist bildungspolitische Gleichmacherei“.

3 Tage später reichte der bayerische Landesverband der Bürgeraktion „Mehr Demokratie“ die Anträge für drei Volks-

begehren „Faire Volksrechte im Land“, „Schutz des Bürgerentscheids“ und „Unabhängige Richterinnen und Richter“ ein. Auch hierfür wurden 80 000 Unterschriften gesammelt. Nach dem Willen der Initiatoren sollen die Eintragungsfristen für alle vier Volksbegehren im Frühjahr parallel gelegt werden. *baf*

Mitarbeiter der PDS-Fraktion des Bundestages werden diskriminiert

BERLIN. Das Ehepaar Doris und Georg Pumphrey, das seit 1991 in der PDS-Gruppe, später Fraktion, tätig ist, soll nach Anweisung des Bundestagspräsidenten, Wolfgang Thierse, nicht mehr die Diensträume des Deutschen Bundestages betreten dürfen. Beide Pumphreys hatten in den 80er Jahren dem MfS Informationen über die Grünen geliefert und waren dafür 1998 zu einer Bewährungsstrafe verurteilt worden. Zum Zeitpunkt des Bekanntwerdens ihrer Bindungen zum MfS hatte es in der PDS-Gruppe Diskussionen gegeben, wobei die Mehrheit sich für eine Fortsetzung der Tätigkeit ihrer Angestellten aussprach. Über diese Vorgänge waren die Mitglieder der Fraktion der Grünen Fischer und Schulz informiert worden, ohne dass sie grundsätzliche Einwände gegen die Tätigkeiten der Pumphreys bei der PDS äußerten.

Der schon wiederholt für eine Amnestie von DDR-Spionen eintretende Bundestagspräsident Thierse wandelte offenbar seine Meinung und forderte nun die PDS auf, die Pumphreys zu entlassen: Ihre Tätigkeit für die Fraktion der PDS schade dem Ansehen des Bundestages. Thierse kündigte an, ihnen die Hausausweise zu entziehen und nur Zugang zu den von der PDS genutzten Büroräumen zu gestatten.

Allerdings ist das nicht so einfach, weder moralisch noch rechtlich: Doris und George Pumphrey verfügen über einen unbefristeten Arbeitsvertrag. Obwohl das Urteil zu den Pumphreys schon zwei Jahre zurückliegt, habe sich niemand – so war aus der BT-Fraktion der PDS zu

hören – gegen eine Tätigkeit des Ehepaares in der Fraktion gewandt.

In den letzten Tagen eskalierte die Sache und auf einer Anweisung wurde den Betroffenen das Verbot ausgesprochen, die Liegenschaften des Deutschen Bundestages zu betreten. Auf den Anweisungen sind Fotos des Ehepaares abgedruckt, die in einigen Fällen durch Pförtner sogar wie Steckbriefe ausgehängt wurden. Die PDS-Fraktion reagierte mit Empörung und Ablehnung des Ansinnens. *abe*

Das Bundesverfassungsgericht entscheidet gegen die Modrow-Käufer

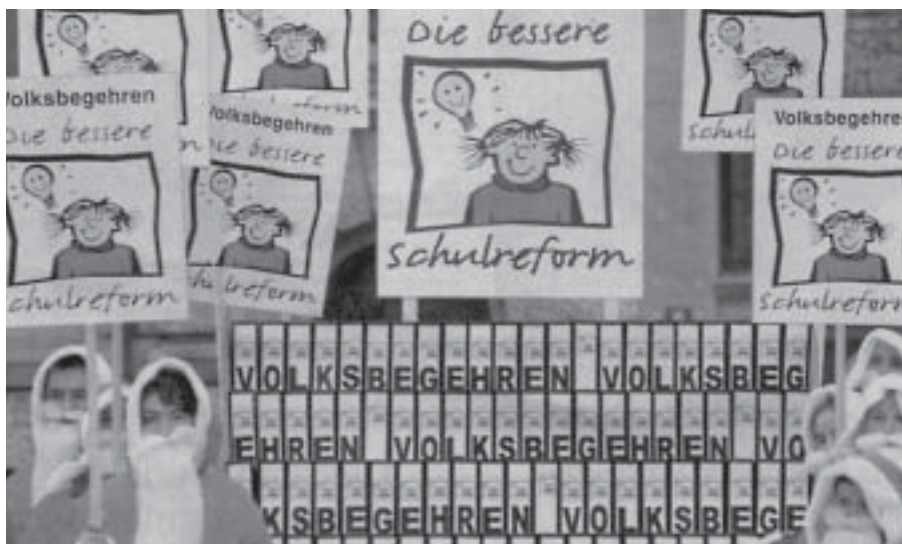
BERLIN. In einem Urteil von Ende November wurde das Verkaufsgesetz vom 7. März 1990, das sog. „Modrow-Gesetz“, wonach mit dem Abschluss des notariellen Kaufvertrages Ostdeutsche Eigentum an Grundstücken/Häuser erworben hatten, für nichtig erklärt. Das Gericht wog ab, „zwischen Wiedergutmachungsinteresse der Alteigentümer und dem Vertrauensschutz der Erwerber“ und entschied sich für den „Gedanken der materiellen Gerechtigkeit und für die Wiederherstellung des alten Zustandes“.

Mehrheitlich von dieser Entscheidung betroffen, sind – nicht wie propagiert – privilegierte SED-Funktionäre, sondern unbescholtene Käufer, die nach 1990 zu Besitzern der von ihnen bewirtschafteten Grundstücke wurden. Das sind in Ostdeutschland nach Schätzungen 150 000 Haushalte. Als Stichtag wurde zudem vom Gericht der 18.10.1989 festgelegt: Das ist der Tag des Rücktritts des Staatsratsvorsitzenden Erich Honeckers, „eine Zäsur in der Geschichte der DDR“.

Unselig der Stichtag, unselig das Prinzip „Rückgabe vor Entschädigung.“ Rückgegeben werden muss Eigentum, das nach Recht und Gesetz redlich erworben, von ihren Nutzern jahrelang bewohnt und gepflegt wurde und das nun schließlich wieder an die „Alteigentümer“ fällt. *abe*

Polizei verhindert Aufmarsch der NPD in Magdeburg

MAGDEBURG. Mit einem Großaufgebot hat die Polizei am 4. Dezember einen Aufmarsch von Anhängern der rechtsextremen NPD in Magdeburg verhindert. Auf den Zufahrtsstraßen seien mehr als 400 Fahrzeuge kontrolliert worden, sagte ein Polizeisprecher. Insgesamt sei gegen 200 Personen verfügt worden, sich das Wochenende von Magdeburg fern zu halten. Mehr als 1.400 Beamte seien im Einsatz gewesen. Das Magdeburger Landgericht hatte am Morgen das polizeiliche Verbot der am vergangenen Mittwoch angemeldeten Demonstration bestätigt. Die NPD hatte die Demonstration als Ersatzveranstaltung für eine in Braunschweig geplante und ebenfalls verbotene Demonstration gegen die Wehrmachts-Ausstellung angesetzt. *www.Partisan.net*



„Asylbewerberleistungsgesetz, Bleiberechtsregelung für Flüchtlinge“

Am 20.11.99 tagte der Niedersächsische Flüchtlingsrat im Stadtkirchenzentrum am Rathaus, Verden, zu den Hauptthemen „Asylbewerberleistungsgesetz, Bleiberechtsregelung für Flüchtlinge“. In einer Vorstellungsrunde stellten sich die über 40 Teilnehmerinnen und Teilnehmer vor. Sie kamen vom „Aktionsbündnis gegen Wertgutscheine“ (Hannover), Initiative Grenzenlos Braunschweig, vom Niedersächsischen Flüchtlingsrat Hildesheim, Asyl e.V. Hildesheim, Asyl e.V. Oldenburg, Göttingen, AG Asyl Cuxhaven, Stade, die Vorsitzende des Ausländerbeirats Bad Pyrmont u.a..

„Weg mit den Wertgutscheinen“

Zum Top 1 „Asylbewerberleistungsgesetz“ fand ein Erfahrungsaustausch zur Gutscheinpraxis und zum Gutscheinumtausch, zum Aktionstag am 6.11.99 und zu weiteren Aktionen statt. Mit Erlass der Bezirksregierung vom 1.10.98 an die niedersächsischen Kommunen bekommen Flüchtlinge mit Duldung, Asylsuchende und Bürgerkriegsflüchtlinge kein Bargeld mehr für ihre Einkäufe, sondern Gutscheine im Wert von 240 DM (!) monatlich, mit denen sie nur in bestimmten Läden einkaufen können. Die Mitglieder der Initiativen organisieren den Umtausch von Gutscheinen gegen Bargeld. In Hannover hat sich das Aktionsbündnis im Februar 99 gegründet. Die Gruppe hat ein Flugblatt „Weg mit den Wertgutscheinen“ verfaßt und dieses bei mehreren Aktionen in der Innenstadt verteilt. In Braunschweig besteht das Aktionsbündnis seit April 99, 4-5 Leute organisieren den Umtausch, 500 bis 900 DM haben sie bisher getauscht. Die Stadt Braunschweig hat angedroht, den Umtausch von Gutscheinen gegen Bargeld mit der Einführung von Chipkarten zu unterbinden. In Hildesheim wurden am 1.3.99 Wertgutscheine eingeführt. 150 bis 200 Betroffene tauschen Gutscheine in Bargeld. Die Stadt Hildesheim versucht, die Initiative zu kriminalisieren. Mit ihrem Aktionstag am 6.11.99 haben sich die Aktionsbündnisse gegen Wertgutscheine in Braunschweig, Hannover, Hildesheim, Göttingen und Osnabrück, die sich im Plenum gegen rassistische Son-

Aktionsbündnis gegen Wertgutscheine plant Tauschbörse

Flugblattauszug: Wie Sie vielleicht wissen, erhalten auch in der Stadt Hannover seit dem 1.10.98 Flüchtlinge mit einer Duldung, Asylsuchende und Bürgerkriegsflüchtlinge kein Bargeld mehr, sondern Wertgutscheine. Die Sozialhilfe nach dem „Asylbewerberleistungsgesetz“ ist ohnehin schon auf Zweidrittel des regulären Satzes reduziert. 204 DM pro Erwachsene/r werden, plus ein Minimum an Taschengeld, monatlich als Wertgutscheine ausgegeben. Diese Wertgutscheine gibt es in festgelegten Beträgen und nicht alle Geschäfte nehmen sie als Zahlungsmittel an.... Die Bezirksregierung hat die Einführung der Wertgutscheine in Hannover durchgesetzt. Rund eine halbe Million DM jährlich läßt sich die Stadt diese rassistische Sonderbehandlung kosten. Denn für die gesamte Organisation, Herstellung und Kontrolle des Wertgutscheinsystems bezahlt das Sozialamt eine Privatfirma. Läden und Geschäfte,

die Flüchtlinge zu ihren KundInnen zählen, sind gezwungen, mit diesen Profiteuren der Ausgrenzung und Diskriminierung einen Vertrag abzuschließen. ... Wie schon in anderen Städten und Gemeinden bildet sich in Hannover ein Bündnis verschiedener Gruppen und Einzelpersonen. Wir planen den Aufbau einer Tauschbörse, mit der wir der Ausgrenzung von Flüchtlingen Solidarität und Taten entgegensetzen wollen. Bis zur Abschaffung des Wertgutscheinsystems wollen wir den Umtausch in Bargeld 1 : 1 absichern... Wir suchen UnterstützerInnen, die Geld in einen Fonds einzahlen, damit wir Wertgutscheine in Bargeld tauschen können, die Informations- und Aufklärungsarbeit in der Öffentlichkeit machen, die weitere Geschäfte finden, die bei der Tauschbörse mitmachen und Wertgutscheine in Bargeld eintauschen...

Aktionsbündnis gegen Wertgutscheine
PF 2005, 30020 Hannover

dergesetzt in Niedersachsen zusammengeschlossen haben, mit Ständen und Aktionen gegen die fortschreitende Ausgrenzung und Entrechtung von Flüchtlingen gewandt. Die hannoversche Initiative zeigte z. B. in der Innenstadt einen Kurzfilm zum Gutscheinsystem, in Braunschweig organisierten die Initiative und der Kurdische Kulturverein im Zentrum einen Infostand.

Aufgrund des Asylbewerberleistungsgesetzes werden Flüchtlinge weiter entrechtet und diskriminiert. Auch die Unterstützer werden kriminalisiert. Deshalb muß das Gesetz weg. Eine auf der Sitzung anwesende Rechtsanwältin schlug vor, daß ein Betroffener klagt. Die Musterklage könnte bis zum europäischen Gerichtshof geführt werden. Außerdem könnte die PDS eine Verfassungsklage anstrengen.

„Alternative Anhörung“

Top 2 beinhaltet die Vorbereitung zur

Veranstaltung „Alternative Anhörung zum Asylbewerberleistungsgesetz“ vom Bündnis gegen Fremdenfeindlichkeit, am Dienstag, 14.12.99 im Gebäude der Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie (IG BCE) in Hannover. Dem Bündnis gehören über 30 Gruppen an, z. B. Gliederungen des DGB, der DAG, kirchliche Gruppen, Landesverband der Volkshochschulen bis hin zu Gliederungen der bürgerlichen Parteien.

Im Flüchtlingsrat entstand die Idee, Betroffene zu den Themen der Veranstaltung: „Wohnen“, „Gutscheine, Chipcard, Sachleistungen“, „gesundheitliche Versorgung von Flüchtlingen“ zu hören: Wohnen im Wohncontainer, Wohnen in Sammelunterkünften, ganz „normales“ Wohnen von Flüchtlingen; Einkauf mit Gutscheinen – die täglichen Erfahrungen des Ausgegrenztwerdens; Verweigerung von Unterstützung bei Krankheit.

Eine Anregung war, das Arbeitsverbot für Flüchtlinge unbedingt in die Enthüllungen miteinzubeziehen.

„Altfallregelung“

Top 3: Die Anwesenden kritisierten die Beschlüsse der Innenministerkonferenz vom 18./19.11. zur Bleiberechtsregelung für Flüchtlinge mit langjährigem Aufenthalt (sog. Altfallregelung) als völlig unzureichend.

Es sind so viele Hürden vorgesehen, daß nur eine verschwindend geringe Zahl von Flüchtlingen ein Bleiberecht erhält. Dies besteht in einer auf zwei Jahre befristeten Aufenthaltsbefugnis.

Am 14.12.99 in Hannover: Alternative Anhörung zum Asylbewerberleistungsgesetz

Dienstag, 14.12.1999, 10.00 Uhr - 15.30 Uhr, Gebäude der IG BCE, Königsworther Platz, Hannover. Es lädt ein: *Bündnis gegen Fremdenfeindlichkeit und für interkulturelle Verständigung Niedersachsen*

10Uhr: Begrüßung durch Graziella Boaro-Titze, (stellv. Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft Kommunaler Ausländervertretungen Niedersachsen). *Grußwort:* Vertreter/in des nds. Innenministeriums (angefragt)

10.30 Uhr: Einführung, N.N., Pro Asyl e.V.

10.45 Uhr: Anhörung zum Thema Wohnen. *Impulsreferat:* Dr.Dagmar Schlapeit-Beck, Sozialdezernentin, Stadt Göttingen

11.30 Uhr: Anhörung zu den Themen: Gutscheine, Chipcard, Sachleistungen. *Impulsreferat:* Kai Weber, Flüchtlingsrat Nds.

12.30 Uhr: Anhörung zur gesundheitlichen Versorgung von Flüchtlingen. *Impulsreferat:* Jessica Groß (angefragt), Flüchtlingsrat Niedersachsen

14.30 Uhr: Blick nach vorne: Ausblick, Erwartungen, Anforderungen, mit N.N. (Pro Asyl), Hedwig Mehring (Landesarbeitsgemeinschaft der Wohlfahrtsverbände Niedersachsen)

15.30 Uhr: Ende der Veranstaltung

Rückmeldungen an Bündnis für Fremdenfeindlichkeit: DAG, LV Nds.-Bremen, Hildesheimer Str. 17, 30169 Hannover, Fax 0511-28093290

Auch Freiburg will Deserteure aufnehmen

FREIBURG, 23.11. 99. Nach Münster, Osnabrück und Bonn ist Freiburg im Breisgau die vierte deutsche Stadt (und die erste im gesamten Süddeutschland), die Kriegsdienstverweigerern aus Kriegsgebieten und Deserteuren Zuflucht gewähren will. Mit grosser Mehrheit hat der Freiburger Gemeinderat am Dienstagabend einem interfraktionellen Antrag zugestimmt, teilte die Regionalgruppe Freiburg der DFG-VK mit.

Ausgangspunkt war eine von der DFG-VK Freiburg angeregte und von weiteren Freiburger Friedensgruppen mitgetragene „kommunale Initiative zum Schutz von Kriegsdienstverweigerern und Deserteuren“, die über 500 Unterschriften unter eine Petition gesammelt hatte und damit die Fraktionen veranlasste, das Thema auf die Tagesordnung zu setzen.

In seinem Beschluss empfiehlt der Gemeinderat Stadtverwaltung und dem für Ausländerfragen zuständigen Regierungspräsidium die Aufnahme von Deserteuren in Freiburg und sichert deren materielle Versorgung auf Grundlage der Leistungen des Bundessozialhilfegesetzes zu. SPD-Stadtrat Dr. Waldmann sprach in seiner Begründung vom „stillen Heldentum“ der Deserteure, die sich völkerrechtswidrigen Kriegen und Menschenrechtsverletzungen verweigerten und erinnerte – insbesondere vor dem Hintergrund der durch den deutschen Faschismus geprägten Geschichte – an die moralische Verpflichtung, „dass es angesichts der vielfältigen kriegerischen Auseinandersetzungen in vielen Teilen der Welt eine humanitäre Aufgabe der Bundesrepublik sein muss, Kriegsdienstverweigerern aus Kriegsgebieten und Deserteuren vorübergehend eine Heimat zu geben.“

Vertreter der Friedensbewegung begrüßten die Entscheidung. Für das Freiburger Friedensforum, das am Tag der Abstimmung mit einer Mahnwache und

Transparenten vor dem Rathaus präsent war, erklärte Max Heinke in einer ersten Stellungnahme: „Der Weg ist frei. Jetzt können die ersten Deserteure nach Freiburg eingeladen werden – wenn Stadtverwaltung und Regierungspräsidium das einmütige Votum des Gemeinderates ernst nehmen.“ Er forderte die Stadtverwaltung auf, „umgehend das Auswärtige Amt und die deutschen Auslandsvertretungen über die Freiburger Aufnahmebereitschaft zu informieren, damit Einreisevisa ausgestellt werden können.“

Für die Regionalgruppe Freiburg der Deutschen Friedensgesellschaft-Vereinigte Kriegsdienstgegner (DFG-VK) sagte deren Vorsitzender Wolfgang Menzel: „Wir freuen uns deshalb besonders über das Votum, weil es noch vor dem 1. Dezember, dem „Internationalen Tag der Gefangenen für den Frieden“, zustande kam. Deserteure haben leider keine Lobby – umso wichtiger ist es, sich ihrer anzunehmen. Wir erhoffen uns von der Freiburger Entscheidung eine Signalwirkung auch auf andere Städte und Gemeinden, in denen kleine Basisgruppen ähnliche Initiativen starten.“

Die DFG-VK Freiburg wird der Stadt Freiburg eine Dokumentation übergeben, die auch die Städtebeschlüsse von Münster und Bonn enthält. Über Connection e.V. und das „Haus für Deserteure“ in Budapest wird die DFG-VK der Stadtverwaltung geeignete Personen vorschlagen, die aufgrund ihrer Gewissensentscheidung gegen das Morden im Krieg und angesichts der Pressionen, denen sie deswegen ausgesetzt sind, für eine Aufnahme in Betracht kommen.

gez. Wolfgang Menzel, Vorsitzender der DFG-VK Freiburg

Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte Kriegsdienstgegner e.V. (DFG-VK), Regionalgruppe Freiburg i.Br. Habsburger Str. 9, 79104 Freiburg i.Br. Tel.: 0761-56125 (Anrufbeantworter)

Geldstrafe für Desertionsaufruf

BERLIN. In der gestrigen Verhandlung (17.11.) verhängte das Amtsgericht Tiergarten gegen Martin Singe eine Geldstrafe von 40 Tagessätzen zu je 100 DM. Dem Theologen wurde vorgeworfen, am 1. April vor dem Bonner Verteidigungsministerium einen von ihm unterzeichneten „Aufruf an alle Soldaten der Bundeswehr, die am Jugoslawienkrieg beteiligt sind“, verteilt zu haben. Dieser Aufruf wurde in der Berliner Tageszeitung taz am 21. April veröffentlicht. In ihm wurden Soldaten aufgefordert, ihre Einsatzbefehle zu verweigern, da der Kosovo-Krieg völkerrechtswidrig und somit grundgesetzwidrig sei.

Der Richter Pützhoven verurteilte den Angeklagten, weil er zwei Straftaten begangen haben soll. Der Angeklagte habe Soldaten öffentlich zu einem rechtswidrigen Verhalten, nämlich zur Fahnenflucht und Gehorsamsverweigerung, aufgefordert. Außerdem habe er andere zur Straftat angestiftet, da in dem Aufruf ausdrücklich dazu aufgefordert wurde, ihn zu verbreiten. Die von dem Angeklagten vorgebrachten Argumente, die beteiligten Soldaten zu einem rechtmäßigen Verhalten aufgefordert zu haben, ließ der Richter nicht gelten. Er Krieg, so der Richter, mag zwar völkerrechtswidrig gewesen sein. Der einzelne Soldat habe aber nicht die Möglichkeit, über einen Befehl „im Großen und Ganzen“ nachzudenken. Es liege nicht in seiner Kompetenz zu entscheiden, ob er einem Befehl folgen darf oder nicht. Also müsse ein Soldat einen ihm erteilten Befehl auch ausführen. Ansonsten würde er sich strafbar machen.

Dieser abenteuerliche Begründung hat seine Wurzeln in der Tradition des deutschen Militarismus. Offensichtlich ist ein Soldat in den Augen des Richters ein bloßer Befehlsempfänger und daher für seine Handlungen nicht zur Re-



chenschaft zu ziehen. Nach der Urteilsbegründung räumte er gegenüber Prozessbeobachtern der Kampagne ein, er sei selber Soldat gewesen. Es ist zu vermuten, dass der Richter seine eigenen militärischen Erfahrungen mit berücksichtigt hat. Auch die Staatsanwältin Jaeger vertrat die Auffassung, dass eine Armee nicht funktioniere, wenn ein Befehlsempfänger erst prüfen würde, ob die Ausführung eines Befehls gegen rechtliche Normen verstoßen würde. Gleichwohl räumte sie ein, dass das „Völkerrecht keine ausreichende Grundlage für diesen Einsatz“ hergibt.

Das Soldatengesetz schreibt allerdings vor, dass ein Vorgesetzter „Befehle nur zu dienstlichen Zwecken und unter Beachtung der Regeln des Völkerrechts ... erteilen (darf)“. Laut Wehrstrafgesetz dürfen Befehle dann nicht ausgeführt werden, wenn durch ihr Befolgen eine Straftat begangen werden würde. In den Prozessen gegen die Mauerschützen wurde festgestellt, dass ein Befehl den Empfänger nicht davon entbinde, die rechtliche Verantwortung für die Ausführung zu übernehmen. Der Verweis auf einen Befehlsnotstand ist unzulässig.

Das Amtsgericht Berlin-Tiergarten hat mit seiner gestrigen Entscheidung dem Militarismus gebröckelt. Gegen dieses Urteil werden Rechtsmittel eingelegt.

Bundesweit laufen gegen mindestens 60 KriegsgegnerInnen Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts der „öffentlichen Aufforderung zu Straftaten“ nach §111 Strafgesetzbuch. Die Beschuldigten hätten Soldaten zur rechtswidrigen Fahnenflucht und/oder Gehorsamsverweigerung aufgerufen. Bereits am Freitag (19.11.) wird gegen den Berliner Rechtsanwalt Wolfgang Kaleck vor dem Amtsgericht Berlin-Tiergarten verhandelt. Er hatte ebenfalls den Aufruf unterzeichnet. *PE der Kampagne gegen Wehrpflicht, Zwangsdienste und Militär, Berlin*

Ein zweiter Prozess am 19.11. gegen Rechtsanwalt Wolfgang Kaleck endete demgegenüber mit Freispruch. Der Richter bedauerte, dass der Prozess „wegen einer Nichtigkeit“ überhaupt zustande gekommen war, und stellte fest: „Ist die Intervention insgesamt unrechtmäßig, gilt das auch für jeden Befehl.“ „Und den, führte er weiter aus, „muss“ der Soldat sogar verweigern.



Rat kassierte 7,5 Mio. DM

Kindergeld: KÖLN. Auf der Ratssitzung am 18.11. brachte die PDS Gruppe im Rat der Stadt Köln einen Antrag ein, der sich dafür aussprach, den Sozialhilfeempfängern das Kindergeld des vergangenen Jahres als einmalige Beihilfe auszuzahlen. Die Stadt Köln, aber auch alle anderen Kommunen, hatten 7,5 Mio. DM erhalten, die eigentlich diesen Menschen zusteht. Die SPD brachte einen Änderungsantrag ein, der sich nur darauf bezog, dass im nächsten Jahr eine solche Anrechnung durch eine bundeseinheitliche Regelung nicht mehr stattfinden dürfe. Dies sollte der Rat begrüßen. Immerhin war die SPD mit ihrer Rednerin Dorothee Gerstenberg an einer konstruktiven Diskussion interessiert. Der CDU-Redner Ensmann lehnte den Antrag in einem sachlichen Redebeitrag ab. Ganz anders die Grünen. Sie lehnten die Anträge von PDS und SPD schroff ab und bezeichneten den PDS-Antrag als „schlechten Populismus“. Der Rat lehnte die Anträge von PDS und SPD ab.

Städtetag fordert Korrekturen im Vermittlungsausschuss

BERLIN. Die kommunalen Spitzenverbände erwarten, dass im Vermittlungsausschuss von Bundestag und Bundesrat die Teile des Sparpakets korrigiert werden, die zu erheblichen Belastungen der Städte, Gemeinden und Landkreise führen. Nach einer Sitzung des Gesamtvorstandes der kommunalen Spitzenverbände am 30.11.99 in Berlin forderte der Präsident des Deutschen Städtetages den Bund auf „seinen monatelangen Widerstand gegen faire Regelungen für die Kommunen“ aufzugeben. Es geht um 4 Milliarden Mark, die durch Entlastungen an anderer Stelle nicht kompensiert werden.

Forschungsprojekt Kommunale Kriminalpolitik

BERLIN. Das Institut für Bürgerrechte & öffentliche Sicherheit, Herausgeber der Zeitschrift Bürgerrechte & Polizei/Cilip, stellt das laufende Forschungsprojekt: „Kommunale Kriminalpolitik zwischen Informalisierung und verstärkter Rechtsdurchsetzung“ vor. Mit dem Projekt sollen sowohl theoretische Konzeptionen als auch praktische Auswirkungen kommunaler Modelle untersucht werden. „Denn wenngleich die programmatische Forderung nach mehr Bürgerbeteiligung in der Kriminal- und Sicherheitspolitik von einem breiten Konsens getragen wird, so sind Erfolge und Konsequenzen derzeit keineswegs geklärt. Ungewißheit besteht auf zweierlei Ebenen: Zum einen sind die Programme dieser Initiativen so vielfältig und heterogen wie die Initiativen selbst. Bereits in den Konzeptionen werden entgegengesetzte Strategien sichtbar, die von emanzipatorischer Bürgerbeteiligung bis zur Indienstnahme

von Bürgerinnen und Bürgern durch die Polizei im freiwilligen Streifendienst reichen. Zum anderen sind die Wirkungen der Initiativen ungeklärt, empirische Untersuchungen über Handlungsspielräume der Akteure, Mechanismen und Folgen der Strategien existieren nur in Ansätzen.“ *Weiteres unter www.cilip.de*

Feste Verträge mit soziokulturellen Zentren

KIEL. Vor ziemlich genau einem Jahr ging es Kiels soziokulturellen Zentren (Hansastraße 48, Kulturladen Leuchtturm in Friedrichsort und Hof Akkerboom in Mettenhof) noch an den Kragen. Im Verwaltungsentwurf für den Haushalt 99 sollten deren Zuwendungen zunächst um 100%, nach lautstarken Protesten dann noch um 10% gekürzt werden. In den Haushaltsberatungen beließ man es dann doch bei den seit Jahren gedeckelten Zuschüssen. Nach solch jahrelanger Zermürbung durch in jedem neuen Haushaltsentwurf wieder drohende Kürzungen erscheinen die in der Ratsversammlung vom 18.11. beschlossenen, über 3 bis 5 Jahre laufenden Festverträge nunmehr fast wie ein Segen. Für die soziokulturellen Zentren besteht mit den Verträgen jetzt immerhin mittelfristige Planungssicherheit. Fraglich bleibt aber, ob ihre Strategie, sich bei einzelnen Fraktionen oder Ratsleuten eine Lobby zu verschaffen, in der Zukunft tragfähig bleiben, zumal die jeweiligen Lobbyisten im Rat sich durch Wankelmütigkeit und die Einforderung von Wohlverhalten auszeichnen. Vielleicht wäre es besser, die kleinen, sprich mit geringen Etats ausgestatteten, Kulturanbietern in Kiel, meist die einzigen, die auch der Subkultur und den innovativen „Randerscheinungen“ eine Bühne bieten, würden endlich an einem Strang ziehen. Zeit für die Entwicklung einer solchen Strategie ist mit den 3- oder 5-Jahresverträgen jetzt da. *Aus: LinX, Sozialistische Zeitung für Kiel, 24/99*

Kommunalkonferenz der PDS:

FRANKFURT/MAIN. 35 TeilnehmerInnen hatte die kommunalpolitische Tagung der Frankfurter PDS am 27. November. Heiner Halberstadt erläuterte in einem einleitenden Beitrag die politischen Planungen, sich im Frühjahr 2001 mit einer offenen Liste an den Wahlen zur Stadtverordnetenversammlung und den Ortsbeiräten zu beteiligen. Nach der Diskussion von 5 Referaten beschloss die Tagung eine Erklärung, in der es u.a. heißt: „Das Kommunalwahlprogramm soll im breiten Konsens – angestrebt in einer Vielzahl themenbezogener Veranstaltungen – mit den Organisationen, Bürgerinitiativen, Alternativgruppen und Fachkräften erarbeitet werden, denen daran gelegen ist, dass eine linke und demokratische Kraft in den parlamentarischen Gremien wirksam wird.“

Zusammenstellung: baf

Resolution des Gewerkschaftstags der IG Medien, 19.-21. November 1999 in Kassel Auf dem letzten a.o. Gewerkschaftstag in der Geschichte der IG Medien (im Jahr 2001 geht die IG Medien zusammen mit anderen Gewerkschaften in der neuen Gewerkschaft „ver.di“ auf) verabschiedeten die Delegierten eine Resolution, die sich noch einmal mit dem NATO-Krieg gegen Jugoslawien und mit anderen Fragen von Krieg und Frieden befasste. Wir dokumentieren den Beschluss im Wortlaut:



Friedenspolitik

1. Der außerordentliche Gewerkschaftstag der IG Medien verurteilt den mit deutscher Beteiligung geführten NATO-Angriffskrieg gegen Jugoslawien im Frühjahr 1999 und begrüßt, dass zahlreiche Gliederungen unserer Gewerkschaft auf allen Ebenen aktiv gegen den Krieg eingetreten sind.
2. Wir verurteilen die aktive Unterstützung dieses Krieges durch die Bundesregierung und der sie tragenden Parteien und stellen fest, dass sie weder für einen Angriffskrieg noch für eine Neudefinition der NATO-Ziele ein Mandat der Wählerinnen und Wähler am 27. September 1998 erhalten haben.
3. Dieser Krieg hat keines der grundlegenden Probleme für die arbeitende Bevölkerung in allen Teilen Jugoslawiens und den anderen Balkanstaaten gelöst, sondern neues Unrecht und neue Vertreibungen ausgelöst. Die Zerstörung von weit über 500.000 Arbeitsplätzen durch NATO-Bomben und die Umweltzerstörungen infolge der Bombardements sind das Gegenteil von dem, was sich viele deutsche Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter unter „rot-grünem“ Politikwechsel vorgestellt haben.
4. Dieser Krieg ist ein weiterer Hinweis darauf, dass künftig USA und NATO im Rahmen der „neuen Weltordnung“ auch anderswo militärisch eingreifen könnten, um wirtschaftliche und strategische Interessen durchzusetzen.
5. Wir bekräftigen die Forderung nach radikaler weltweiter Abrüstung und sofortigem Einstieg in die Abrüstung in der Bundesrepublik Deutschland und nach sofortiger Einstellung aller Waffenexporte aus Deutschland. Forschung und Technologie müssen – statt zu einem wichtigen Teil für die Waffenproduktion – voll für die Lösung ziviler Probleme eingesetzt werden.
6. Da solche Kriege auf keinen Fall im Interesse der abhängig Beschäftigten liegen können, fordern wir vom DGB und seinen Mitgliedsgewerkschaften, wie auch von den Gewerkschaften anderer Länder, dass sie sich klar gegen Kriege als Mittel der Politik aussprechen und mit allen verfügbaren Mitteln darauf hinarbeiten, Kriege zu verhindern

bzw. zu stoppen. Wir verurteilen die Haltung des DGB-Bundesvorstands, der gleich zu Kriegsbeginn der Bundesregierung Unterstützung für den Krieg signalisierte.

7. Immer sind es die arbeitenden Menschen der betroffenen Länder, die hinterher für die Kosten aufkommen sollen. Wir fordern bei der Finanzierung des Jugoslawien-Krieges, der Beseitigung der Kriegsschäden und des Wiederaufbaus die strikte Anwendung des Verursacherprinzips: nicht die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer als Steuerzahlerinnen bzw. Steuerzahler, sondern die Entscheidungsträger der betroffenen Länder aus Politik und Militär sowie die Profiteure des Krieges (Rüstungsindustrie und andere) sollen zu 100 Prozent zur Finanzierung herangezogen werden.

8. Anstatt – wie auch in diesem Krieg geschehen – Bombenterror gegen die Zivilbevölkerung auszuüben und die Zivilisation der betroffenen Staaten um Jahrzehnte zurückzubomben, sollten Gewerkschaften vor allem auf direkte Kontakte mit der Arbeiterbewegung aller Länder setzen. Nicht Bomben von oben, sondern nur Dialog und Hilfe von unten können dazu beitragen, dass die Arbeiterbewegung aller Länder enger zusammenrückt und gemeinsam gegen Nationalismus, Militarismus und neoliberale Kahlschlagspolitik im Interesse des Kapitals vorgeht. Wir begrüßen Ansätze wie die Gewerkschafterinnen/Gewerkschafter-Initiative „Dialog von unten statt Bomben von oben“ und fordern von der gesamten IG Medien tatkräftige Unterstützung solcher Projekte.

9. Wer sich dazu berufen sieht, Menschen anderer Länder bei der Durchsetzung von Menschenrechten zu helfen, muss damit im eigenen Land anfangen und vor der eigenen Haustür kehren. Für die Bundesrepublik Deutschland heißt dies: eine Mitgliedschaft in einem Militärbündnis, dessen Mitgliedsland Türkei seit vielen Jahren im Falle Kurdistan mit NATO-Hilfe permanent schwerste Menschenrechtsverletzungen durchführt, kann von uns nicht hingenommen werden. Wir fordern massiven Druck auf die Türkei, um hier einen grundlegenden Kurswechsel zu erzwingen.

<http://www.uni-kassel.de/fb10/frieden/aktuell/IGMedien-Resolution.html>

Jugoslawische Gewerkschafter berichten

Schwerer Wiederaufbau

Nachdem im Mai diesen Jahres eine Gruppe von Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern gegen den Krieg, die Initiative „Dialog von unten statt Bomben von oben“, mehrere Städte Jugoslawiens besucht hatte, um sich ein eigenes Bild von den zu machen, bereisen in der vergangenen Woche auf Einladung der IG Medien und der GEW Hamburg sowie der Initiative fünf jugoslawische Gewerkschaftskollegen aus der Republik Serbien die Bundesrepublik. Sie berichteten in Hamburg, Salzgitter, Braunschweig, Berlin, Siegen, Hannover, Frankfurt, Erfurt, Kassel und Bremen auf öffentlichen Veranstaltungen und Pressekonferenzen sowie in Gesprächen mit verschiedenen Gewerkschaften über die Auswirkungen des Krieges und des anhaltenden Embargos auf die soziale Lage der Bevölkerung.

Mit ihren Luftangriffen hat die NATO zahlreiche Betriebe zerstört; infolge dieser Zerstörungen wurden 200.000 Beschäftigte arbeitslos, bis heute können viele Betriebe mit nur 30% ihrer Kapazität produzieren. Auf der Pressekonferenz am 22.11. in Hamburg berichtete Ruzica Milosajevic, Gewerkschafterin aus dem Großbetrieb Zastava (Kragujevac) über die Zerstörung des Werkes in zwei Luftangriffen am 9. und 12.4. und die mühevollen Arbeit des Wiederaufbaus. Einem Aufruf zu freiwilligen Wiederaufbauarbeiten waren nach Ende des Krieges 12.000 Arbeiter gefolgt. Im September konnten alle Fabriken des Zastava-Komplexes die Produktion wiederaufnehmen, teilweise arbeiten in Beschäftigten in Hallen, deren Dächer und Wände noch zerstört sind. Das Produktionsniveau liegt deutlich unter dem Vorkriegsniveau, das durch das langjährige Embargo schon ziemlich niedrig war. In der Autofabrik z.B. wird statt drei PKW-Typen einer produziert, aber immerhin! Bis Dezember hofft man, alle drei Typen wieder produzieren zu können und auch die völlig zerstörte Lackiererei soweit hergerichtet zu haben, dass auch LKW wieder lackiert werden können. Dringend ist auch der Wiederaufbau des Heizwerkes, von dem nicht nur alle Fabriken des Zastava-Komplexes, sondern auch



Kindergärten, Schulen, Krankenhäuser und andere öffentliche Einrichtungen der Stadt Kragujevac abhängen. 1990, vor dem Embargo, lag der Durchschnittslohn in Jugoslawien bei ca. 900 DM; heute liegen die Löhne bei 60 bis 80 DM, Arbeitslose bekommen durchschnittlich 22 DM.

Dragan Karajovic, Lehrer aus Kragujevac, konnte berichten, dass trotz großer Zerstörungen der Schulgebäude in vielen Städten Jugoslawiens der Unterricht am 1.9. wieder aufgenommen werden konnte. Doch haben die Bombardements bei den Kindern und Jugendlichen psychische Schäden verursacht, deren Schwere und Umfang erst ganz allmählich klar wird. Auch die großen Probleme, die das Schulwesen aufgrund der großen Flüchtlingsströme zu bewältigen hat – in Serbien leben insgesamt über 600.000 Flüchtlinge aus den früheren jugoslawischen Republiken – sind noch bei weitem nicht gelöst. Die Gelder für die Wiederaufbauarbeiten wurden von den verschiedensten Ebenen von Regierung bis zu den Kommunen, aber auch durch Spenden der Bevölkerung aufgebracht. Überhaupt betonten alle Delegationsmitglieder, dass der Wiederaufbau ganz wesentlich „von unten“, durch die Anstrengungen und Initiativen der Bevölkerung vorangebracht wird. Trotzdem sind viele Probleme aus eigener Kraft nicht oder nur äußerst schwer zu lösen. So fehlen Medikamente, Lebensmittel, Energie – und aufgrund des anhaltenden Embargos kann der Mangel nicht behoben werden.

Svetislav Vladislavljevic, ein Vertreter der Gewerkschaft des Handwerks aus Belgrad, der lange im Rheinland gearbeitet hat, auch als Vertrauensmann, äußerte sich tief enttäuscht über die Haltung des DGB und darüber, dass der Europäische Gewerkschaftsbund und der DGB die Beziehungen zu den Gewerkschaften in Jugoslawien seit Jahren völlig abgebrochen haben. Insofern ist es ein kleiner Fortschritt, dass neben den Einladern verschiedenste Gewerkschaftsgliederungen die Veranstaltungen der Delegation mittragen – in Hamburg und Erfurt sogar der örtliche DGB – bzw. sich zu Gesprächen mit den Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern aus Serbien treffen.

Auf der Pressekonferenz in Hamburg wurde außerdem berichtet, dass der Arbeiter-Samariter-Bund Hamburg die auch von den humanitären Organisationen mitgetragene Trennung der Notleidenden in Hilfsbedürftige und Hilfswürdige nicht länger mitmacht und dazu aufruft, auch den Menschen in Serbien helfen. Er will, unterstützt von Gewerkschaftern und Prominenten aus dem Kulturbereich, der Bevölkerung in den Städten Aleksinac und Kragujevac Lebensmittel, Medikamente, Kleidung schicken.

scc

Konto: ASB Hamburg-Mitte e.V., K-Nr. 54 54 54, Dresdner Bank HH, BLZ 200 800 00

Tarifangleichung auch für Krankenhausbeschäftigte

„Auch für die 13.400 Beschäftigten in den 31 öffentlichen Krankenhäusern in Brandenburg ist die Angleichung der Tarifverträge an das Westniveau selbstverständlich“, sagte der brandenburgische ÖTV Bezirksvorsitzende, Werner Ruhnke, am 22.11. auf einer Personal- und Betriebsrätekonzferenz der ÖTV in Wandlitz. Er begrüßte, daß die letzte Fassung des Gesetzes zur „Gesundheitsreform“ vorgibt, daß zumindest Einkommensangleichungen in Ostdeutschland an das Westniveau bei der Berechnung des Krankenhausbudgets zu berücksichtigen sind. Die ÖTV hält es für zwingend erforderlich, den Krankenhausbeschäftigten eine Perspektive zu geben, die aufzeigt, wann sie endlich das gleiche Einkommen wie ihre Kolleginnen und Kollegen im Westen erhalten.

Aufgrund des nicht ausfinanzierten Krankenhausbudgets drohen zur Zeit Krankenhausleitungen immer wieder, aus dem öffentlichen Tarifsystem auszuweichen. Dem wäre durch die aktuelle Regelung im Entwurf zum Gesundheitsreformgesetz die Grundlage entzogen.

Eine bessere Finanzausstattung ist nach Ruhnkes Auffassung auch deshalb erforderlich, weil Einkommenserhöhungen nicht durch Rationalisierung aufgefangen werden können. In Brandenburger Krankenhäusern gibt es mit 10,8 Tagen eine unterdurchschnittliche Verweildauer und mit 165 Beschäftigten je 100 Betten die niedrigste Personalausstattung (bundesweit 185). Dies belegt auch der Krankenhausbericht 1999 der Landesregierung.

Zur Zeit liegt das Einkommen der Beschäftigte im öffentlichen Dienst 13,5 % niedriger als im Westen bei einer um einhalb Stunden längeren Arbeitszeit. Eine Krankenschwester (Vergütungsgruppe V a) verdient im Osten rund DM 4.300 (eingerechnet sind 8 Überstunden, 16 Stunden Sonntagsarbeit, 4 Stunden Feiertagsarbeit, 8 Stunden Samstagsarbeit und 40 Stunden Nachtarbeit).

Sie hat zusätzlich einen Anspruch auf DM 173,- Wechsel- und Schichtzulage.

Die Tarifverträge laufen zum 31.12.99 aus. Zur Zeit findet in den Krankenhäusern und allen anderen öffentlichen Betrieben und Verwaltungen unter den Gewerkschaftsmitgliedern die Diskussion statt, welche Forderung für die Tarifrunde 2000 gestellt werden soll. (nach PE der ÖTV-Brandenburg v. 22.11.99 – har)

Zeitungsleute der „Sächsischen Zeitung“ (SZ) für Streik

In einer Urabstimmung Anfang Dezember haben sich von 186 abgegebenen Stimmen im Rahmen der IG Medien 87% und im Rahmen des Deutschen Journalistenverbandes 92% für eine unbefristete Fortsetzung des Streiks entschieden.

Nach einer Phase von Warnstreiks in den letzten Wochen wird nun fortgesetzt gestreikt. Obwohl lange nicht alle Ange-

stellten und Journalisten der „SZ“ Mitglieder der Verbände sind, hatten sich mehr Kollegen schon an den Warnstreiks beteiligt. Auch eine Reihe freier Mitarbeiter verhält sich solidarisch.

Den Mitarbeitern der „SZ“ geht es um die Fortsetzung der gescheiterten Tarifverhandlungen, um eine 35-Stunden-Woche, die Übernahme günstigerer Urlaubsregelungen aus dem Flächen- und Haustarif und eine Entscheidung gegen die Ausgliederung von Lokalredaktionen der „SZ“ in Bautzen/Bischofswerda, Pirna/Sebnitz und Freital/Dippoldiswalde. Die Gewerkschaft fürchtet Tarifflicht und die Zerschlagung der bislang verwirklichten Mitbestimmung. Der Betriebsrat hatte durchgesetzt, dass die vor drei Jahren aufgenommenen Tarifverhandlungen im November endlich wieder aufgenommen wurden. Alle 21 Betriebsräte des Konzerns Gruner+Jahr hatten sich für die Unterstützung ihrer sächsischen Kollegen ausgesprochen. Besonders unter Kritik steht der 40%-ige „SZ“-Miteigner SPD, der sich nicht gegen die Ausgliederung der Lokalredaktionen und für die Durchsetzung der tariflichen Forderungen einsetzte. (abe)

Mannesmann/Vodafone

Aus einer Erklärung der Betriebsräte-Vollkonferenz der Betriebsräte im Mannesmann-Konzern, 23.11., Düsseldorf:

Wir lehnen entschieden die bisherigen und auch denkbaren künftigen Versuche einer feindlichen Übernahme des Mannesmann Konzerns durch Vodafone Air-Touch oder weiteren anderen Bietern ab. Wir sehen in Versuchen einer feindlichen Übernahme eine eklatante Missachtung unserer Unternehmenskultur, die auf einer breiten Beteiligung der Arbeitnehmer und ihrer Gewerkschaften bei wesentlichen Unternehmensentscheidungen aufbaut. Dieses Angebot gefährdet in hohem Maße die in der Vergangenheit vollzogenen Schritte eines sozialverträglichen Umbaus des Mannesmann Konzerns zu einem Telekommunikations- und Technologiekonzern. Es gefährdet für die Zukunft die Konzeption eines Telekommunikationsunternehmens, das Mobilfunk-, Festnetz- und Datenkommunikation integriert. Es gefährdet die planvolle Weiterentwicklung der schon bisher erfolgreichen Automotive- und Engineering-Aktivitäten in einem gemeinsamen börsennotierten Unternehmen. Eine solche feindliche Übernahme würde im hohen Maße für beide Unternehmensbereiche die Zukunftsfähigkeit von Standorten, Produkten und Arbeitsplätzen durch strategische Investitionen in Frage stellen ... Wir wenden uns an die Politiker in den Bundesländern, der Bundesrepublik Deutschland und in Europa: Ächten Sie das Instrument der feindlichen Übernahme von Unternehmen. Die Internationalisierung von Wettbewerbs- und Eigentümerstrukturen braucht klare, belastbare Regeln, die den Interessen

der Beschäftigten an sicheren Arbeitsplätzen und Einkommen gleichen Rang einräumt wie den Interessen der Aktionäre auf hohe Erträge...

Presseerklärung des 2. bundesweiten Treffens der Gewerkschaftslinken

PE. Gewerkschaftslinken positioniert sich für eine Gewerkschaftspolitik jenseits von Sozialpartnerschaft und Wettbewerbskorporatismus

Auf dem zweiten bundesweiten Treffen der Gewerkschaftslinken am Freitag und Samstag im Gewerkschaftshaus Stuttgart diskutierten über 300 Teilnehmer/innen über die Sparpolitik der rotgrünen Regierung, das Bündnis für Arbeit und Wettbewerbsfähigkeit, über die Tarif- und Sozialpolitik und über die Frage der Mitbestimmung.

Es hatte mehr als nur symbolischen Charakter, dass der Kongress mit einem Redner (Harald Rein) der Erwerbsloseninitiativen begann. Seine zentrale Aussage, dass die größte Zeche der Berliner Sparpolitik die Arbeitslosen bezahlen müssen, fand breite Zustimmung genauso wie die Forderung nach einem stärkeren Zusammengehen der Gewerkschaften mit den Erwerbsloseninitiativen.

Der zweite Referent, Prof. Bodo Zeuner, sieht u.a. im Blair/Schröder-Papier den Bruch der Sozialdemokratie mit der Arbeiterbewegung. Die Gewerkschaften haben in der SPD und auch in den Grünen keine politische Partei (mehr), auf die sie sich beziehen können, und müssen deshalb ihr politisches Mandat offensiv wahrnehmen. Dazu müssen sich die Gewerkschaften stärker politisieren und eine autonome Position gegenüber der Regierung einnehmen. Sich auf einen Wettbewerbskorporatismus einzulassen, um nationale Standortvorteile zu erlangen, wäre der falsche Weg. Dadurch würde auch die dringend notwendige europäische und internationale Zusammenarbeit der Gewerkschaften behindert und nationalistische Tendenzen befördert.

In verschiedenen Foren zur Tarif- und Sozialpolitik und Mitbestimmung wurden Anforderungen an eine fortschrittli-

che Gewerkschaftspolitik gestellt. Auf dem Hintergrund der herrschenden Verteilungsverhältnisse gibt es keinen Grund für eine defensive Lohn- und Gehaltspolitik. Die hohe Streikbereitschaft der letzten Jahre habe gezeigt, dass die Arbeiter und Angestellten für ihre Interessen auf die Straße gehen. Die Gewerkschaftslinken muss die Tarifpolitik politisieren und für eine andere Verteilung von Reichtum und Vermögen eintreten als sichtbare Alternativen zur Entwicklung des Shareholder-Kapitalismus und dem Umbau zu einem Wettbewerbsstaat. Die Rückkehr zu einer offensiven Arbeitszeitverkürzungspolitik wird ebenfalls ein wichtiger Schwerpunkt der Gewerkschaftslinken sein. Kritisiert wird auch ein Tarifmodell, das die richtige Forderung nach einer Rente mit 60 durch Tariffonds finanzieren will und damit den schleichenden Ausstieg aus der gesetzlichen Rentenversicherung befördert.

In der Sozialpolitik muss einer Tendenz zur Kürzungs- und Ausgrenzungspolitik eine klare Absage erteilt werden, ebenso wie allen Versuchen, staatliche Leistungen an Arbeitszwang zu knüpfen.

In den Mitbestimmungsthesen der Hans-Böckler- und der Bertelsmann-Stiftung wird ein eklatanter Bruch mit dem bisherigen Gewerkschaftsverständnis gesehen. Der Versuch, mit Hilfe eines neuen Mitbestimmungsmodells z.B. Regelungen des Flächentarifvertrages auszuhebeln, wurde hart kritisiert. Vielmehr müsse die betriebliche und überbetriebliche Mitbestimmung ausgebaut und das Betriebsverfassungsgesetz mit weitergehenden Rechten der Betriebsräte versehen werden.

Die „Initiative zur Vernetzung der Gewerkschaftslinken“ ist ein loser bundesweiter Zusammenschluss verschiedener betrieblicher und regionaler Initiativen und Foren. Die Konstituierung fand auf einem Kongress im April d.J. in Frankfurt statt. Dieser Initiative gehören haupt- und ehrenamtliche GewerkschafterInnen aller Gewerkschaften an.

Verantwortlich: Ewald Wehner, Tel. 069-6661867, Bernd Riexinger, Tel. 0711-2028-255

Wirtschafts-
presse

BDA-Präsident kritisiert Eingriff in die Tarifautonomie. – HB, Montag, 22.11.1999.

– Scharfe Kritik übte BDA-Präsident D. Hundt an der Rechtsänderung des Bundesarbeitsministers, wonach dieser künftig im Alleingang einen Tarifvertrag für allgemein verbindlich erklären kann. Arbeitsminister Riester begründete diesen Schritt mit der abnehmenden Verbindlichkeit von Tarifabschlüssen. „Eine Verwässerung der Tarifabschlüsse missbillige ich aufs Äußerste“, sagte Hundt. Damit unterliege die Regelung der Arbeitsbeziehungen zunehmend der jeweiligen politischen Richtung.

BDA-Präsident D. Hundt will lediglich Basis-Sicherung durch Sozialkassen. – HB, Mittwoch, 24.11.1999.

– D. Hundt schlug vor, die Beitragsbemessungsgrenze zur Rentenversicherung einzufrieren. Dies erlaube sinkende Beiträge und einen schrittweisen Übergang der gesetzlichen Rente zu einer Basissicherung. Angesichts des geänderten Altersaufbaus der Bevölkerung könne die solidarische Rentenversicherung keinesfalls mehr den Lebensstandard im Alter sichern. Auch die gesetzliche Krankenversicherung müsse auf eine Basissicherung begrenzt werden. Zuzahlungen und Eigenvorsorge seien zu verstärken.

Auch Mittel- und Großbetriebe (BAG) für längere Öffnungszeiten. – HB, Mittwoch, 1.12.1999.

– BAG-Chef W. Deuss, gleichzeitig Vorstandschef der Karstadt-Quelle AG unterstützte den Vorschlag des Deutschen Städtetags, wonach der Verkauf von Montag bis Samstag, 22 Uhr, erlaubt werden soll, zusätzlich an vier Sonntagen im Jahr. Die Liberalisierung soll aber nur für die Innenstädte gelten, um deren Position gegenüber der „grünen Wiese“ zu stärken. Die Beschränkung auf vier offene Sonntage könne das verbreitete „Ausnahme-Unwesen“ beenden. Interesse an dem Vorschlag habe auch der Zentralverband des Deutschen Handwerks. Er erhoffe sich Vorteile etwa für Bäcker und Metzger.

Streit um 40-Stundenwoche. – HB, Freitag/Samstag, 3./4.12.1999.

– Zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften ist der Streit um die 40-Stunden-Woche entbrannt. Die Präsidenten des DIHT und der HDE plädierten für eine längere Arbeitszeit. Der DGB und die IG Metall lehnen eine Rückkehr zur 40-Stunden-Woche ab: In der Metall- und Elektrobranche seien dadurch ca. 300 000 Arbeitsplätze bedroht.

Presseauswertung: rst



Mannheimer Beschäftigte von ABB und Adtranz unterstützen Nürnberger Aktionstag gegen Arbeitsplatzvernichtung. Am 24. November beteiligten sich etwa 120 Beschäftigte von ABB und Adtranz, die eigens mit zwei Bus-

sen angereist waren, an einem Nürnberger Aktionstag gegen Arbeitsplatzvernichtung. Ca. 6000 Menschen bildeten eine doppelte 3,2 km lange Menschenkette und verbanden verschiedene Nürnberger Metallbetriebe, die alle von Arbeitsplatzabbau oder Schließung bedroht sind. Genannt

seien das Straßenbahnwerk von Adtranz, die Kraftwerksfirmen von ABB und Alstom und Cebal, die alle in der Frankenstraße in Nürnberg gelegen sind. Das Bild zeigt Beschäftigte des Mannheimer Werks von Adtranz.

Gorbatschow kritisiert Siegerkomplex der Nato

Aus Anlass des 10. Jahrestages der „samtenen Revolution“ fand im prunkvollen Spanischen Saal der Prager Burg eine zweistündige Podiumsdiskussion statt.

Eingeladen hatte der tschechische Präsident Václav Havel. Neben ihm am Podium: Michail Gorbatschow, ehemaliger Staatspräsident der Sowjetunion, Lech Walesa, ehemaliger Staatspräsident von Polen, George Bush, ehemaliger Präsident der USA, Lady Margaret Thatcher, ehemalige Premierministerin von Großbritannien, Helmut Kohl, Altbundeskanzler der BRD, Danielle Mitterand, die Witwe des damaligen französischen Staatspräsidenten Francois Mitterand sowie als Gesprächsleiter der Historiker Timothy Garton Ash. Im Publikum neben Dutzenden von Body guards die Prominenz des Landes – und viele leere Stühle. Der Kinderchor der Internationalen Schule von Prag stimmte das Auditorium auf Friede, Freude, Eierkuchen ein („you are the lucky ones – we sing for the children of the world“), doch sorgten Gorbatschow und Danielle Mitterand dafür, dass es nicht ganz so langweilig wurde.

Zunächst natürlich das Heldengedenken. Insbesondere Altkanzler Kohl beschwor den „Eros der Freiheit, der in Europa wirksam wurde,“ und erkannte den „Versuch einer Vermählung von Geist und Macht“, den wir im 21. Jahrhundert gut gebrauchen könnten. Die entscheidende Rolle dabei hätten Gorbatschow in der SU mit der Politik der Perestroika und die US-Präsidenten Reagan und Bush gespielt, die die Zeichen der Zeit erkannt und genutzt hätten. „Für uns Deutsche“, so Kohl weiter, „war, ist und bleibt diese sanfte Revolution und das, was in Prag geschah, mit dem Namen von unserem Präsidenten Havel verbunden.“ Er sagte das „mit dem Gefühl großer Dankbarkeit“, vergaß aber auch nicht, seine eigene historische Rolle als „Visionär“ und Vorbild gebührend zu würdigen („Die Visionäre sind die wahren Realisten in der Geschichte“).

Nach diesen hochfliegenden Jubeltönen ein mutiges Kontra von Danielle Mitterand. Sie sei, so Frau Mitterand, 1989 eine von den Millionen gewesen, die sich freuten, dass der Kalte Krieg zu Ende war. Sie habe Vertrauen in die demokratischen Institutionen gehabt. Die Menschen hätten aber erkennen müssen, dass die Welt von einem „neuen Totalitarismus“ beherrscht wird, dem globalisierten Kapitalismus, in dem der Profit an oberster Stelle steht.

Knallhart antwortete darauf die „Eiserne Lady“ Thatcher mit einem Aufruf zum Kreuzzug: Während Großbritannien seit Jahrhunderten eine erprobte Demokratie sei, in der Recht und Gesetz herrschen, gebe es immer noch Länder, wo dies nicht der Fall sei. „Wir“ müssten bereit sein, die Freiheit zu verteidigen, und „die anderen sollen sich unsere Lebensweise zu eigen machen“. Jetzt bestehe die große Chance, die Freiheit und das Regieren von Recht und Gesetz auch den anderen Ländern zu bringen, die noch keine haben.

George Bush sekundierte, eher blass: die USA hätten schon immer in der Geschichte die Freiheit unterstützt und seien bereit, auch heute jedes Land usw. usf.

Dann Gorbatschow: Die Debatte zeige ein Bemühen, ein Bild des Sieges im Kalten Krieg zu zeichnen. Ein solcher Siegerkomplex sei eine „schreckliche Sache“. Man solle aufhören mit dem Versuch, die Welt „wieder mit einem neuen

habt. In Deutschland habe die blanke Kriegsangst geherrscht. An manchen Tagen habe er mit 400.000 Demonstranten fertig werden müssen. Und dann diese „phantastische Sache“: durch den NATO-Doppelbeschluss sei das Präsidium des ZK der KPdSU zu Abrüstungsgesprächen gezwungen worden. Die Kriegsangst verschwand, das Freiheitsstreben drang wieder durch, und „alle haben wir erreicht, was wir wollten vor zehn Jahren“. Natürlich sollten die Völker selbst entscheiden, und er halte es für einen schweren Fehler, wenn manche Leute im Westen meinten, die Schwäche Russlands ausnutzen zu können, um „die Russen etwas tiefer zu bringen“...

Die Endrunde wurde von Lech Walesa dazu genutzt, einen neuen Marshall-Plan zu fordern. Danielle Mitterand sprach noch einmal als Anwältin derer, die „im Schlamm leben“, und rief zu Solidarität und zum Widerstand gegen die transnationalen Konzerne auf – erneut gekontert

von Lady Thatcher, die alle von Frau Mitterand angesprochenen Probleme mit dem Hinweis auf die Spendentätigkeit von Wohltätigkeitsvereinen in den USA und Großbritannien vom Tisch wischte und den Befehl an alle ausgab: „Cheer up! Es ist doch alles viel besser als vor 50 Jahren!“

Kurz vor dem Ende kam Michail Gorbatschow zum „Gegenstand seiner größten Sorge“, dem Ausbau der Nato als Interventionsmacht an Stelle des

Aufbaus einer gesamteuropäischen Sicherheitsstruktur, wie sie einst in der Charta von Paris vereinbart wurde. „Die Nato ist krank geworden vom Komplex des Siegers!“ rief Gorbatschow, ohne sich von den mehrmaligen Interventionsversuchen der Diskussionsleiter beeindrucken zu lassen. Zum 50. Jahrestag habe sie den Präzedenzfall Kosovo geschaffen, sie maße sich an, ohne Mandat des Uno-Sicherheitsrates an jedem beliebigen Punkt der Welt gewaltsam einzugreifen – vielleicht bald in Indien, Kaschmir, Tibet? Gorbatschow warnte vor der „sinnlosen Illusion“, Europa könne ohne und gegen Russland vereinigt und ausgebaut werden, und vor dem Versuch, Russland fremde Interessen aufzuzwingen. Auch die dümmliche und abwiegelnde Antwort Helmut Kohls darauf konnte nicht darüber hinwegtäuschen, dass mit diesem Beitrag Gorbatschows ein tiefgreifender Konflikt aufs Tapet der Jubelfeier gekommen war.

Renate Hennecke (DTN, Nov. 1999)



Michail Gorbatschow und Danielle Mitterand am 17.11.in Prag

Modell zu beglücken“. Die Globalisierung möge vielleicht anderswo eine positive Sache sein, für die Phase der Transformation sei sie jedoch ungeeignet. Völkern (z.B. in arabischen Ländern) werde sie auch als ein neuer Kolonialismus verstanden. Statt sich eine Position als Richter über die Entscheidungen anderer anzumaßen, müsse man das Bemühen der Völker fördern, ihre eigene freie Wahl zu treffen. Alles andere sei „so etwas wie Sozialdarwinismus“. Dem neoliberalen Konzept stellte Gorbatschow die Vorstellung von einer Gesellschaft mit Solidarität und Gerechtigkeit, funktionierendem Gesundheitswesen und sozialer Sicherheit gegenüber.

Darauf antwortete Kohl, er teile diese Besorgnisse seines Freundes Michail überhaupt nicht. Darin spiegele sich „altes Denken“. Besiegte gebe es nicht, nur Sieger. Geradezu hingerissen vor Begeisterung schilderte Kohl, 1982, als er Bundeskanzler geworden sei, habe die Hochrüstung ihren Höhepunkt erreicht ge-

Michail Gorbatschow in Prag:

... Aber was ist Gegenstand meiner größten Sorge?

Ich glaube, wir verlieren die Chance, die in Europa entstanden war nach dem Ende des Kalten Krieges, nach der Vereinigung Deutschlands, nach der Unterzeichnung der Charta von Paris. Damals hat Präsident Bush das erstmal über die neue weltweite Ordnung gesprochen. Heute kann ich die optimistische Meinung meines Freundes Kohl nicht teilen, und auch nicht die der hochgeschätzten Lady Thatcher. Das alles ist schön, was wir hier so erzählen, aber es gibt nicht nur die Position der Länder, wo alles gut geht, nicht nur die Position der Länder, wo es Prosperität gibt. Versuchen wir es mit mehr Perspektive zu sehen. Wie wollen wir das gemeinsame Europa aufbauen, wenn wir die Pariser Charta vergessen haben, die von allen führenden Vertretern und Repräsentanten der Länder unterzeichnet wurde? Frau Thatcher hat unterzeichnet, Herr Bundeskanzler Kohl, Präsident Bush. Wo ist die Charta von Paris? Wer kann sich noch an die Charta erinnern? Weggeschmissen, vergessen ist das Dokument, das unterzeichnet wurde als Projekt für ein neues Europa, aufgebaut auf Zusammenarbeit in den Bereichen Gesetzgebung, Justiz, Kultur und alles andere. Da war ein sehr wichtiger Punkt dabei: die Gestaltung einer gesamteuropäischen Sicherheitsstruktur!

(Zum Diskussionsleiter, der ihn unterbrechen will:) – Jetzt werden sie mich nicht stoppen, jetzt sage ich das Wichtigste, was mir am Herzen liegt. –

Diese Strategie, die auf eine europaweite Sicherheitsstruktur orientiert, ist weggeschmissen. Es wird uns die Nato aufgezwungen als Allheilmittel. Und die Nato ist krank geworden vom Komplex des Siegers. Sie negiert nicht nur die Pariser Charta, sondern auch die Uno, auch den Sicherheitsrat. Sie behaupten jetzt, die Nato weiß am besten, was Russland braucht, was Kosovo braucht, was Tschetschenien braucht, was China braucht. Wie haben sie das erfunden? Warum erheben sie diese Ansprüche? Es tut mir sehr leid, dass wir diesen Weg eingeschlagen haben. Ich bin nicht erschrocken darüber, dass Herr Präsident Havel und sein Land der Nato beitreten wollen, auch wenn die Hälfte des Landes dagegen war. Nein, das erschreckt mich nicht. Dass sich Polen vorbereitet, nein, auch das erschreckt mich nicht. Wir werden mit denen nicht kämpfen, wir werden die Waffen nicht einsetzen, das wäre ein Anachronismus. Aber warum wird diese Struktur wiederbelebt, wenn wir die Charta von Paris haben und die Idee der europaweiten Sicherheit? Wozu ist das? Und noch etwas möchte ich hier in Prag sagen: Ich bin überzeugt, wenn einer denkt, Europa lässt sich vereinigen

und stabil machen ohne USA, gegen USA, das ist eine Illusion, etwas Sinnloses – genauso sinnlos ist die Illusion, ein neues Europa gegen und ohne Russland zu machen. Das ist ein Nonsense. Wenn wir alle das verstanden haben, dann bleibt als Einziges übrig: die Idee umzusetzen. Aber was macht die Nato? Zum 50. Jubiläum ist es zu dem Präzedenzfall Kosovo gekommen als Beispiel, wie die Probleme zu lösen sind.

Also, wir sehen, das Recht wird anerkannt, dass die Nato ohne den Sicherheitsrat an einem beliebigen Punkt auf der Erde Gewalt einsetzen kann. Wohin führt das? Okay, die Nato hat im Kosovo eingegriffen, das ist akzeptiert worden. Aber es gibt Schwierigkeiten in Indien, in Kaschmir, in Tibet, in anderen Ecken der Welt. Was passiert, wenn die Nato dort eingreift? Da hätten wir die Frage stellen sollen an die eigene Vernunft. Ich glaube, hier fehlt die politische Führung adäquat zu dem, was diejenigen geäußert haben, die hier sitzen, meine Kollegen von den 80er Jahren.

– Es ist leider spät, immerhin, ich will meinen Auftritt zu Ende führen. Sie wissen, Sie haben keine Chance, es ist sinnlos, mich unterbrechen zu wollen –

Ich glaube, die Nato wird nicht gegen Indien eingreifen, nicht einmal gegen Russland ...

– Er weiß alles, ich bin mit ihm im Streit seit Jahren, aber es wird ihm nicht gelingen, mich zu stoppen –

Ich glaube, Russland ist nicht im Mittelpunkt Europas. Wir müssen uns nun Gedanken machen über unsere gemeinsame Zukunft. Wir müssen alle Länder gleichberechtigt beim Prozess des Aufbaus des neuen Europa –, das neue Europa muss die Interessen ausbalancieren, wir dürfen nicht die Interessen Russlands den Ländern Ost- und Mitteleuropas aufzwingen, aber niemand ist damit einverstanden, dass Russland jemand anderes Interessen aufgezwungen bekommt.

Es ist noch nicht zu spät, in zehn Jahren, wenn wir uns das anschauen, was in Europa vor sich geht, werden wir die Chance haben, an die kommenden Generationen zu denken. Aber diejenigen, die den Weg zum neuen Europa geöffnet haben, die haben ein sehr sensibles Verhältnis dazu, was jetzt in Europa vor sich geht. Ich bin optimistisch. Aber meine Augen sind weit offen. Probleme sollte man nicht verstecken, sondern lösen. Und heute glaube ich, das Kapital, das wir haben, muss genutzt werden und darf nicht zum Fenster rausgeschmissen werden.

und Helmut Kohls Antwort darauf:

Altes Denken – völlig abwegig

Ich wollte nichts mehr sagen. Aber, Michail, Du hast es herausgefordert, so

kann das nicht stehen bleiben, was Du gesagt hast. Ich respektiere die Meinung des Freundes, aber wir, die wir in der Nato sind, und die jetzt der Nato beitreten, denken nicht im Traum daran, etwa in Indien zu intervenieren, das ist ja völlig abwegig. Es geht einfach darum, ein bestimmtes Sicherheitsbedürfnis zu erfüllen, und es geht auch darum – und da stimme ich dir ganz und gar bei, dass in diesem System Russland völlig gleichberechtigt eingebunden ist. Es war unsere Meinung, und es ist unsere Meinung, wir stehen nicht vor einer Alternative – wir schon als Deutsche überhaupt nicht, wir brauchen ja bloß die Geografie zu studieren – dass wir sagen, gegen Russland und für Amerika. Das ist altes Denken, das war gestern. Wir gehen ins 21. Jahrhundert, und das, was wir jetzt im Haus Europa bauen, ist eine Gemeinschaft, die Frieden und Freiheit garantiert – mit unseren Freunden in Amerika, und ich wünsche mir von Herzen: mit unseren Freunden in Russland, in der Ukraine und in anderen Ländern in Mittel- und Osteuropa.

Das gehört für mich zusammen, ich sehe da keinen Gegensatz.

Aus dem Beitrag von Danielle Mitterand:

Alles zugunsten der Multis

Als das kommunistische System zum Absterben verurteilt war, konnten sich die Menschen aus dem Osten überhaupt nicht vorstellen, dass vor ihnen ein anderer Totalitarismus unter dem Mantel der Freiheit steht. Sie mussten entdecken, dass auch ohne eine offensichtliche Repression eine andere Macht den Menschen ihre Fangarme aufzwang. Dieser Kapitalismus versuchte die Oberherrschaft über die ganze Welt zu erobern. Neben diesem Liberalismus gibt es kein anderes System, keine andere geeignete Vorstellung. Es werden Finanzexperten finanziert, sie entscheiden ... Der Bürger hat kein Recht: entweder Rentabilität oder aber er bleibt ausgeschlossen.

Der Mensch ist nicht die erste Priorität. Wenn man sich für einen Betrieb einsetzt, und wenn das zu Mehrkosten führt, und wenn dadurch die Aktionäre Gewinn einbüßen, dann müssen die Werktätigen sozusagen weg von der Bühne verschwinden. (...)

Und wie sieht die Politik der Staaten aus? Alles zugunsten der multinationalen Gesellschaften. Die Staaten müssen sich den Gesetzen der Gewinne unterordnen. So sieht der neue Totalitarismus aus, der unseren Planeten versklavt und Armut, Marginalisierung sowie menschliche Dramen hervorbringt.

(Alle Texte nach Simultanübersetzung Phoenix TV)

Das dritte Seminar, das in diesem Jahr zur **Kommunalpolitik in Nordrhein-Westfalen** stattfand, bot sachkundige Vorträge zu Fragen der örtlichen Ratspolitik.

Das vom Parteivorstand der PDS veranstaltete Seminar, an dem über 40 Interessierte, in der großen Mehrheit aus NRW, teilnahmen, wurde von der stellvertretenden Parteivorsitzenden Gabi Zimmer eröffnet, die den neuen kommunalen Abgeordneten in NRW die Unterstützung der Bundespartei anbot.

Der stellvertretende Parteivorsitzende Dieter Dehm stellte Konzeptionen für die Öffentlichkeitsarbeit vor.

Frank Kuschel, Geschäftsführer des thüringischen Kommunalpolitischen Forums referierte zu den Auswirkungen der aktuellen Haushaltsvorhaben der Bundesregierung auf die kommunalen Haushalte und trug in einer Arbeitsgruppe Thesen zum öffentlichen Beschäftigungssektor vor.

Die Stadtplanerin Antje Eickhoff referierte in einer weiteren Arbeitsgruppe über die Auswirkungen des Baugesetzbuches auf die Stadtentwicklung.

Rüdiger Lötzer stellte mit vielen weiterführenden Materialien Thesen gegen die Ausgrenzung sozialer Minderheiten aus den Innenstädten dar. Die Materialien der Arbeitsgruppen und des Plenums werden bis Anfang nächsten Jahres in einem Reader zusammengestellt und können beim PDS-Landesverband bestellt werden.

Die PDS sucht einen neuen **Wahlkampfleiter** für die Bundestagswahlen 2002. André Brie wurde für seine langjährige Tätigkeit vom Parteivorstand mit Dank verabschiedet. Die Öffentlichkeitsarbeit soll jetzt stärker zentralisiert werden. Ein Koordinationsgremium unter Leitung des Bundesgeschäftsführers Bartsch wurde eingerichtet.

Der PDS-Pressedienst Nr. 47 erschien mit dem **Programmtext und einem Minderheitenvotum** von Michael Benjamin, Uwe-Jens Heuer und Winfried Wolf.

Der PDS-Pressedienst Nr. 48 veröffentlichte einen Bericht über die **Sitzung des Parteirat** und den Beschluß zu dem Einsatz von VN-Truppen in Krisenregionen. Wir dokumentierten den Beschluß bereits in der letzten Ausgabe. Hier jetzt der Artikel aus dem Pressedienst:

„Sachlich und konstruktiv

Von der Sitzung des Parteirates am 20. November

Von sachlichem Meinungsstreit, konstruktiver und kontroverser Diskussion war die planmäßige Tagung des Parteirates am 20. November 1999 in Berlin

geprägt. Das war, wenn man Diskussionen im Vorfeld der Tagung beachtet, nicht unbedingt zu erwarten.

Längerfristige Vorbereitung, fundierte Materialien und eine auf Ergebnisse gerichtete Diskussion zahlten sich bereits bei der Behandlung des Entwurfs des Grobfinanzplanes 2000 aus. Eine Anregung des Parteirates aufgreifend, war der frühzeitig zugestellte Entwurf bereits am Vorabend der Tagung von Interessierten mit dem Bereichsleiter Finanzen des Parteivorstand vorbesprochen wurden, so dass sich die Fragestellungen am folgenden Tag auf Wesentliches konzentrierte. Schatzmeister Uwe Hobler beantwortete viele Fragen, insbesondere auch wieder zu dem seit Jahren umstrittenen Länderfinanzausgleich. Ausdrücklich begrüßt wurde die Absicht, eine Finanz/Struktur-Konferenz durchzuführen, die die Fragen der künftigen Sicherung der Finanzierung der Partei zum Inhalt haben soll. Der Grobfinanzplanentwurf für das Jahr 2000 wurde zustimmend zur Kenntnis genommen.

Danach beantwortete Dietmar Bartsch u.a. Fragen zur Bundeskonferenz am 4./5.12.99, zur Arbeitsgruppe Statut, zur Westentwicklung und einem Treffen von Vertreterinnen westlicher Landesverbände Mitte November in Köln und zur Zusammenarbeit von Parteivorstand und Parteirat. Er beantwortete auch Fragen zu den Beschlüssen des Parteivorstandes und der Bundestagsfraktion zum Einsatz von VN-Truppen in Krisenregionen.

Über dieses Problem wurde anschließend sehr sachlich mehr als drei Stunden kontrovers auf der Grundlage mehrerer Beschlussanträge diskutiert. In der Diskussion, an der sich zwanzig Genossinnen und Genossen beteiligten, begründete Wolfgang Gehrcke, stellvertretender Fraktionsvorsitzender, die Entscheidung der Bundestagsfraktion. Die Beiträge widerspiegeln das Für und Wider der Debatte, wie sie auch in den Medien öffentlich aufgegriffen wurde. Deshalb und weil der in dieser Ausgabe veröffentlichte Beschluss die Diskussionsergebnisse enthält, wird hier auf eine ausführliche Einzelwiedergabe verzichtet.

Der Parteirat verständigte sich über die Bildung einer Arbeitsgruppe, die sich mit Vorschlägen für eine effektivere Struktur und Arbeitsweise dieses Gremiums befassen soll, die dann nach Bestätigung dem Parteitag vorgelegt werden sollen.

Aus Zeitgründen wurde die Behandlung weiterer Tagesordnungspunkte auf eine zusätzliche Tagung des Parteirates am 8. Januar 2000 in Berlin verlegt.

Kersten Naumann / Volker Steinke“

Zusammenstellung: jöd

Bundesverfassungsgericht bestätigt Urteile gegen ehemalige SED-Politbüromitglieder

Noch vor Weihnachten ins Gefängnis

Wenn überall in diesem Lande die Weihnachtsseligkeit einzieht und melancholische Lieder über Liebe und Menschenfreundlichkeit gesungen werden, gehen die mit der Bestätigung des Urteils durch den 5. Senat des Bundesgerichtshofes vom 8. November belegten Politbüromitglieder Krenz, Schabowski und Kleiber nun hinter Gitter. Wie aus Pressemeldungen zu entnehmen war, vorerst in den offenen Vollzug, aber später dann – wie es mit „Totschlägern“ in den bundesdeutschen Regelungen steht – offenbar in geschlossene Haftanstalten. Eine feine Bescherung, für die, die es trifft, aber auch für alle, die sich in dieser beweihräucherten Zeit Gedanken über dieses Land machen.

Seit Jahren schon werden in der Bundesrepublik Deutschland die sogenannten „Grenzer-Prozesse“ durchgeführt und ehemalige Soldaten, Offiziere, Generale und nun auch zivile Politiker verurteilt. Wenn viele der DDR-Grenzer mit Bewährungsstrafen belegt wurden, hat es nun die Mitglieder des Politbüros der SED Krenz, Schabowski und Kleiber getroffen, die den schon vorher verurteilten Generälen der NVA der DDR, Keßler und Streletz, ins Gefängnis folgen. Gerechtigkeit muss her: Es können nicht nur die Kleinen gefangen werden, sondern auch an die Großen geht's eben ran. Wie schön, wenn „Volkes“ Forderung mit einer solch demagogischen Phrase befriedigt werden kann.

Zur Erinnerung: Die genannten Mitglieder des Politbüros der SED Krenz, Schabowski und Kleiber waren im August 1977 vom Landgericht Berlin wegen vermeintlichen Totschlags in mittelbarer Täterschaft durch Mitwirkung an Beschlüssen zur Aufrechterhaltung des DDR-Grenzregimes zu sechseinhalb, bzw. zu drei Jahren Haft verurteilt wurden. Durch die Bestätigung durch den 5. Senat ist dieses Urteil im Sinne der bundesdeutschen Strafprozessordnung rechtskräftig und vollstreckbar.

Das Urteil selbst und die Vorgänge um dieses Verfahren herum haben erneut eine Debatte um die Verfolgung von DDR-Unrecht hervorgerufen. Natürlich, dass sich daran in erster Linie Juristen beteiligen, aber, was wären wir ohne sie, eben auch kompetente und weniger kompetente Politiker. So hat der Bundeskanzler

Schröder in trauter Gemeinsamkeit mit Vertretern der CDU für Unnachgiebigkeit und Unversöhnlichkeit plädiert. Er halte es für unglücklich, wenn Tage nach dem Urteil die Debatte um eine Amnestie wieder aufflamme.

Egon Krenz hat in einer Erklärung gesagt, dass er „mit aufrechten Gang ins Gefängnis geht“, was aber nicht bedeute, dass er das Urteil akzeptiere. Er halte es für rechtswidrig, die bundesdeutsche Justiz habe das DDR-Recht, das Grundgesetz und das Völkerrecht beugen müssen. Nun setzt er seine Hoffnung auf Gerechtigkeit in den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte, bei dem er eine Klage hinterlegt hat. Die bundesdeutsche Justiz urteile nach politischen Gesichtspunkten.

In der Tat entbehrt es nicht einer gewissen Ironie, dass sich der Gerichtshof ausdrücklich am Vorabend des zehnten Jahrestages des Falls der Berliner Mauer zusammenfand und sein Urteil sprach. Wer will da nicht von Symbolik, die er sich ausgedacht hat, sprechen? Keinesfalls werden so Argumente, dass es sich um ein politisches Urteil handelt, entkräftet. Manche sprechen auch von Siegerjustiz.

In der Tat ist es so, dass das Urteil sehr differenzierte Stellungnahmen in politischen und juristischen Kreisen auslöste. Namhafte Rechtswissenschaftler, wie z.B. der Berliner Professor Uwe Wesel oder der Ordinarius für Strafrecht an der Humboldt-Universität Berlin (bis 1990!), Prof. Erich Buchholz, bezeichnen das Urteil als fragwürdig. Wesel äußerte, dass die Begründung des Urteils kaum eine juristische Grundlage für eine Verurteilung wegen aktiven Tuns sein könne.

Buchholz schätzte ein, dass das DDR-Recht als Tatort und Tatzeitrecht verletzt worden ist. Er bezog sich gleichzeitig auf das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes im Fall Keßler/Streletz, das eine eindeutige Vorschrift des Grundgesetzes der BRD im Art. 103 Abs. 2 verletzt hat: den Schutz des Rückwirkungsverbotes. Mit dieser Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes wurde förmlich eine Sonderregelung für DDR-Bürger geschaffen.

Die Außerkraftsetzung dieses Artikels bedeutet einfach, dass diesen Schutz nur der genießen kann, der in einem Rechtsstaat gelebt hat. Und das war die DDR natürlich nicht. Pech für die DDR-Bürger, die nach diesen Gesetzen gehandelt haben.

Gleichzeitig wird mit der Begründung der „mittelbaren Täterschaft“ Verantwortung für Politiker der DDR festgeschrieben, die andere in ihrem Auftrag tätig werden ließen. Hier wird der Tatbestand „Täter hinter dem Täter“ geschaffen, was in einem System der weitverbreiteten staatlichen Verantwortung Anweisung und schließliches Handeln weit auseinander klaffen lässt. Es ist eine Erweiterung des Strafrechts.

Eine Beurteilung der Urteile vom Standpunkt des internationalen Rechtes

und Strafrechtes lässt gleichfalls viele Zweifel aufkommen. Jeder Staat hat das Recht auf Festlegung seines Grenzregimes, was auch in der DDR der Fall war. Es gab das Grenzgesetz, das nach BVerfG den üblichen – auch den bundesdeutschen Regelungen – entsprochen habe, aber eben von der „Erfüllung des Klas-senauftrages“ überlagert gewesen sei. Allerdings ist auch das keinesfalls im internationalen Recht zu rechtfertigen, denn sowohl die Organisation von Sicherheitsmaßnahmen als auch der Einsatz von Schusswaffen sind keine Verbrechen. Sie sind allenfalls Basis eines mit souveränen Rechten ausgestatteten Staates, der das Gewaltmonopol besitzt. Dass das DDR-Grenzregime mit Minen gesichert war und dort geschossen wurde, ist nicht zu akzeptieren. Keinesfalls jedoch ist das Grenzregime mit Verbrechen wie Völkermord oder Genozid gleichzustellen.

Ohne Rechtsfertigungsversuch soll darauf verwiesen werden, dass Egon Krenz in den Verhandlungen vor dem 5. Senat erklärt hatte, dass er seine politische Verantwortung gekannt habe. Seine größte politische persönliche Niederlage sei es, Tote an der Grenze nicht verhindern zu haben.

Von einer anderen Logik als die bundesdeutsche Justiz gehen offenbar auch zwei Rechtsanwälte aus Hamburg und Baden-Baden aus, die in einer Petition die Bundesregierung aufgefordert haben, eine Generalamnestie für wegen des DDR-Grenzregimes Verurteilte zu erlassen.

Die Bundesregierung sei bis heute gegenüber der Russischen Föderation als Nachfolgestaat der Sowjetunion vertragsbrüchig, da sie einen von ihr gemachten „Generalvorbehalt zum Zweipus-Vier-Vertrag vom 12. September 1990 nicht in nationales Recht“ umgesetzt habe. Sie zitieren eine Erklärung Schwarnadnes vom 20. Juni 1990, in der gesagt wird: „Die Rechtmäßigkeit der Alliierten Beschlüsse einschließlich der Vermögens- und Bodenfragen wird einer Prüfung bzw. Revision durch deutsche Gerichte bzw. durch andere deutsche Staatsorgane nicht unterliegen.“ Das sei auch Inhalt des Aide mèmores vom 28. April 1990 gewesen. Das sei nur im Falle der Bodenreform erfolgt. „Die Aburteilung des DDR-Grenzregimes durch bundesdeutsche Gerichte sei deshalb völkerrechts- und verfassungswidrig.“ Sie verweisen darauf, dass das Grenzregime auf Anordnung der Besatzungsmacht erfolgte, insbesondere im Befehl des Chefs der Sowjetischen Militäradministration (SMAD) vom 23. August 1947. Mit dem Grenzgesetz vom 25. März 1982 sei die allmähliche Übertragung der Grenzsicherungsaufgaben an deutschen Stellen erst abgeschlossen gewesen.

Fazit bleibt: Völlig abgesehen von moralischen und menschlichen Einwänden gegen das Grenzregime der DDR und der Ereignisse, die über Jahre eine unsägli-

che Situation an der Grenze DDR-BRD schufen, ist das Herangehen der bundesdeutschen Justiz politisch motiviert und trägt zur Erfüllung der Order bei, die Klaus Kinkel noch Anfang der 90er Jahre allen mit auf den Weg gab: Die DDR in allen Fragen und Bereichen zu delegitimieren. Nach wie vor herrscht in diesem Lande Unversöhnlichkeit und das Recht vor, mit juristischen Mitteln Vergangenheit zu bewältigen und politisch Andersdenkenden zu verfolgen. Krenz erwies sich dafür, im Gegensatz zu seinen beiden Mitangeklagten, die wehmütig be-reuten und die „Strafe“ anerkannten, als geeignetes Objekt. (abe)

Notizen von zwei Veranstaltung zum Krieg in Jugoslawien

„Die Weltgemeinschaft hat es nicht leicht mit uns ...“

Franz-Karl Hitze, Berlin

Ein ein- und ein zweitägiges Event befassten sich Ende des Vormonats mit der drückenden Hinterlassenschaft des Nato-Krieges in Jugoslawien. Überall wird über das Thema gesprochen; die zwei großen Veranstaltungen sollen herausgehoben werden, weil sie einiges gemeinsam hatten. Sie fanden beide in renommierten Literaturhäusern Berlins (Fasanenstraße 23 und Majakowskiring 46/47) statt. Auf beiden Veranstaltungen, der Tagung bzw. dem Kolloquium, sprachen kompetente Persönlichkeiten deutscher und serbischer Zunge, Wissenschaftler, Kulturpolitiker, Schriftsteller, Journalisten, Diplomaten – auch bekennende Antifaschisten (Paul Parin, Zürich).

Die erste Veranstaltung organisierte der Sprecher der Deutsch-Serbischen Begegnung, Berlin, Dr. Peter Gerlinghoff, die zweite die literaturWERKstatt in Berlin Pankow mit Hilfe eines Teams von Prof. Hajo Funke von der Freien Universität. In dem einen Gremium hingen zwei Dutzend große Farbfotografien von den brutalen Zerstörungen in Belgrad und anderen serbischen Städten, gleichsam als Mahnung vor den Zuschauern und Diskutanten. In dem Saal in Pankow waren es gerahmte Schwarz-weiß-Karikaturen von dem exzellenten Belgrader Karikaturisten Predag Karaksic (Corax). Sie zeigen überwiegend den jugoslawischen Präsidenten Slobodan Milosevic als gesichtsloses Etwas (in der Diskussion meist als Diktator) bezeichnet. Obgleich beide Events öffentlich waren, wurde der Besucher in der Fasanenstraße nicht abgezockt (Kaffee und Mineralwasser frei). Im Majakowskiring musste er einen Salär von sieben DM berappen

(für Kaffee und Getränke 2,50 bis 3,00 DM) und das trotz der Mitbeteiligung der potenten Bundeszentrale für Politische Bildung Bonn.

Nun zunächst zur Veranstaltung in der Fasanenstraße. Natürlich stimmten Historiker die Zuhörer auf die Geschichte Serbiens ein, sowohl ins mittelalterliche Serbien im Rahmen der byzantinischen und gesamteuropäischen Kultur (Prof. Irmscher), in die wirtschaftlichen Hintergründe des Nato-Krieges gegen Jugoslawien (Prof. M. Minovic) oder referierten leidenschaftliche über Probleme des Antiserbismus (Dr. Erika Kosse). Alles war engagiert, interessant, nicht immer neu. Erschütternd war der Augenzeugenbericht von Nikola Zivkovic, der zwei Monate lang im Pristina die Nato-Kriegsverbrechen journalistisch untersuchte.

Präzise und mit professioneller analytischer Schärfe trug der Ex-DDR-Botschafter Ralph Hartmann Gedanken vor, wie Veränderungen in der deutschen Außenpolitik herbeigeführt werden sollten, will sich Deutschland nicht sein Ansehen in der Welt völlig verspielen. Er erinnerte daran, dass durch die einseitige und verfrühte diplomatische Anerkennung Kroatiens und Sloweniens Deutschland zum Ausbruch des Krieges in Bosnien-Herzegowina beigetragen hat, die Dämonisierung Serbiens maßgeblich beförderte und zwischen- und innerstaatliche Konflikte Jugoslawiens schürte. Hartmann erinnerte die Zuhörer an die Tatsache, dass Deutschland als erster Nato-Staat ein Embargo gegen Jugoslawien vorschlug und anstatt zur friedlichen Streitbeilegung beizutragen als erster militärisches Eingreifen forderte. Als Kenner Jugoslawiens prognostizierte der frühere DDR-Diplomat, dass „auch in Jahrzehnten das erneute deutsche Schuldkonto nicht abzutragen sein wird“. Hartmann stimmte mit den Zuhörern überein, dass die Sanktionen gegen Jugoslawien beendet werden müssen, sofortige Hilfe für die Rekonstruktion der jugoslawischen Industrie geleistet werden muss (Heiz- und Kraftwerke, Bahnhöfe, Krankenhäuser, Brücken, Wasserversorgungsbetriebe), die bedingungslose Einhaltung der UN-Resolution 1244, die die Integrität der BR Jugoslawien garantieren soll, Einstellung jedweder ausländischen Einmischung, die Jugoslawien ein Regime der Nato aufzwingen will, die Einbeziehung der BR Jugoslawien in internationale Organisationen und Wiedergutmachung der barbarischen wirtschaftlichen Langzeitschäden in diesem Balkanland.

Im Kolloquium in der literaturWERKstatt Pankow wurden die erwähnten Themen in abgewandelter Form ebenfalls behandelt. Hier sprachen (sehr theoretisch) junge Belgrader Wissenschaftlerinnen über die Entwicklung einer Zivilgesellschaft und über die inzwischen existierenden ca. 20000 Nichtregierungsorganisationen (NGOs) in Serbien. Auf



Mai 1999: durch Nato-Bombardement zerstörte Wohnhäuser in Nis

Nachfrage musste die Wirtschaftswissenschaftlerin Jelica Minic zugestehen, dass für die etwa 1000 sehr aktiven NGOs nicht unerhebliche Mittel „finanzieller Art aus den USA und westeuropäischen Staaten“ stammen.

Nur zaghaft forderten demzufolge auch die Vortragenden, die Sanktionspolitik gegen Serbien einzustellen, denn diese Politik habe das Chaos in Serbien verschärft (Mirko Dor, Wien). Die Nato-Bombardements haben im Gegensatz zu allen Erwartungen Brüssels, Washingtons, Londons und Berlins das jugoslawische Regime „unangreifbarer“ gemacht und Milosevic konnte den „historischen Spielraum“ der Opposition erweitern (Stojan Cerovic). In einigen Fällen wurde sie auch korruptiert (Vuk Draskovic, Seselj lassen grüßen).

Was in den Amtsstuben der internationalen Diplomatie (meist jedoch außer Reichweite der Chefdiplomaten) tagtäglich diskutiert wird, ist, dass die Nato-Bombardements ihr Ziel nicht erreicht haben. Auch in der Diskussion von serbischen Dissidenten in der Diaspora musste zugegeben werden, dass sich die Macht von Milosevic und seinen Handlangern gefestigt hat. Dazu trug auch die terroristische Vertreibung der serbischen Minderheit aus dem Kosovo bei, ebenso wie Tausender Roma und anderer Volksgruppen. Beklommenheit herrschte im Auditorium als Prof. Funke aus eigener Wahrnehmung berichtete, dass vor zwei Monaten der letzte Jude den Kosovo verlassen hat (musste).

Unter dem vielsagenden Titel „Balkan – Brücken durch internationale Politik“ dominierten – der Regie entsprechend – als Redner Vertreter des Deutschen Bundestages (Ch. Schwarz-Schilling), des Bundeskanzleramtes, der ehemalige stellv. Hohe Repräsentant in Sarajewo (Christian Clages, der sich gleich zu Beginn seiner allgemeinen, selbstherrlichen

Anmerkungen schon nach ein paar Sätzen den lauthalsen Unmut junger Studenten zuzog), Vertreter des Auswärtigen Amtes (Botschafter Wilfried Gruber, bis Anfang 1999 Chef der BRD-Mission in Belgrad) und der britische Politikwissenschaftler Christopher Bennett (bisher Mitglied der international crisis group).

Erwähnenswert ist der Vortrag Wilfried Grubers. Er kam nicht umhin, offensichtlich in einem Anflug von realistischer Analyse, die UNO-Resolution 1244, von der ein paar Tage vorher Botschafter a.D. Hartmann gesprochen hatte, als widersprüchlich einzuschätzen: Aufbau einer Protektoratsverwaltung im Kosovo bedeute aber die Herauslösung aus dem jugoslawischen Staatsverband. Es bestehe die Gefahr, so der Botschafter, die Integrität Jugoslawiens zu verletzen. „Dieser Widerspruch ist nicht auflösbar. Und wir werden mit diesem Widerspruch weiter leben müssen.“ Von Aufhebung des Embargos, Wiedergutmachung etc. keine Rede.

Christopher Bennett, Nato-hörig, jedoch kein Staatsangestellter, ließ schließlich die Katze aus dem Sack. „Serbien sei von allen westlichen Hauptstädten zum Unstaat gemacht worden und wird es solange bleiben, wie Milosevic an der Macht ist.“ Dabei berief sich der smarte Boy auf die Nato und deren Mitgliedstaaten (wobei Schwarz-Schilling kräftig nickte) sowie auf die Südosteuropas wie Mazedonien, Albanien, Bulgarien und Rumänien (auch Ungarn), die vornehmlich den USA noch vor dem Krieg gegen Jugoslawien gestatteteten, Militärstützpunkte zu errichten und aktiv zu betreiben (im Kosovo wird bei Pristina jetzt einer gebaut). Bennett schlug u.a. vor, dass die Nato-Staaten „eine Herz-und-Verstand-Kampagne innerhalb Serbiens starten, indem sie die gesundheitlich schwächsten Mitglieder der serbischen Bevölkerung ... mit Grundnahrungsmitteln und Medizin

versorgen würden.“ (Wie soll sie das nur ohne Besatzungstruppen machen? d.Verf.) Nach Bennett könnten verstärkte Anstrengungen unternommen werden, „...um serbischen Flüchtlingen aus anderen Teilen Jugoslawiens (er sprach nicht ausdrücklich über die aus dem Kosovo, d.Verf.) die Rückkehr in die Heimat zu ermöglichen.“ Und jetzt kommt es: „...oder anzubieten, für die Grabsteinerer aufzukommen, die während der Nato-Bombardierungen ums Leben kamen.“ Welch eine Infamie!!

Nun kann man zu Egon Bahr stehen wie man will, er hat kürzlich in einem Vortrag im Verband für Internationale Politik und Völkerrecht e.V., Berlin, nachdrücklich angemerkt: „Jugoslawien ist eine gigantische Fehleinschätzung der USA“ gewesen. „Bündnistreue“ sei es gewesen, dass da Schröder und Fischer mitgemacht hätten. Na, ja. Lassen wir das mal so stehen. Ein anderes Thema: Drinka Gojkovic aus Belgrad, die Hans M. Enzensberger und Georg Büchner ins Serbische übersetzte, meinte zum Schluss sarkastisch: „Die Weltgemeinschaft hat es mit uns Serben nicht leicht. Aber wir Serben haben es auch nicht leicht mit der Weltgemeinschaft.“

Übrigens: Die Referenten mussten in Pankow ihren Kaffee auch selbst bezahlen.

Niedersachsen

Glogowski abgewickelt

Gerade sieben Tage seit der ersten Enthüllung über die Finanzaffären des niedersächsischen Ministerpräsidenten Glogowski hat es gedauert, bis er gehen mußte. Am 20.11. meldete die „Welt am Sonntag“, daß seine Hochzeitsfeier am 15. Mai mit reichlich Freibier zweier lokaler Brauereien gesponsert worden sei. Sein Regierungssprecher bestätigte dies gleich. Es sei jedoch nicht zutreffend, daß er vom 31. März bis 14. April eine Hochzeitsreise in einen Robinson-Club in Ägypten gebucht hätte und die Rechnung für die Reise in Höhe von 8000 DM erst bezahlt hätte, nachdem ein Kabinettsglied bei ihm nachgefragt hatte.

Danach überschlugen sich weitere Enthüllungen, Dementis, Erklärungen und Gegenerklärungen:

Der *Aida-Trip* vom 11.-13. Oktober nach Kairo. Höhepunkt war ein Besuch der Oper „Aida“ an den Pyramiden. Den Flug hatte die TUI bezahlt und nicht in Rechnung gestellt. Man beteuerte Rechnungen angemahnt zu haben. Als die TUI entschieden dementierte, gab Glogowski die Darstellung als falsch zu und man bezahlte.

Die *Polenreise mit der Nord/LB*: Auch hier wurde für die Reise, die am 19. Juli stattfand und von der Nord/LB finanziert wurde, erst am 1. November eine Rechnung angefordert.

Der *Wiener Opernball*: Die Karten für

Glogowski und Ehefrau und vier weitere Gäste am 19. November hatte die Salzgitter AG besorgt. Die Teilrechnung an die Staatskanzlei vom 29.10. sollte danach korrigiert werden. Das Reisebüro lehnte ab.

VW-Aufsichtsrats-Tantiemen: Glogowski hat nach DPA-Informationen von seinen VW-Aufsichtsratsbezügen für 1999 in Höhe von rund 97.500 DM noch nichts an die Landeskasse abgeführt, obwohl er sie schon im Juni erhalten hat. Jährlich stehen ihm nur 10.800 DM davon zu, weil er das Mandat im Auftrag des Landes wahrgenommen hat.

Weite Vorwürfe sind:

Kostenlose Nutzung einer Dienstwohnung von März bis Oktober dieses Jahres.

Nachlaß für eine Privatwohnung in Braunschweig zu günstigem Preis. Der finanzielle Vorteil soll nach „Welt“ rund 80.000 DM betragen.

Beibehaltung von Ämtern aus seiner Braunschweiger Vergangenheit, Ämterhäufung, Braunschweiger Klüngeltätigkeit und die Veranstaltung einer aufwendigen „Edelsause“ zum Abschied des bisherigen Stadtwerke-Chefs. Die 57.000 DM Rechnung des Gastronomen wollte man dann nachträglich um 20.000 DM drücken.

(Quellen: SPIEGEL, STERN, FOCUS und WELT vom 20.11. bis 30.11.)

Als am 26.11. neue Vorwürfe wegen zweifelhafter Immobiliengeschäfte laut wurden, soll Kanzler Schröder ihn anrufen und den Rücktritt nahegelegt haben. Wenige Stunden später erklärt Glogowski ihn – jedoch ohne jegliches Unrechtsbewußtsein: „Das Amt ..., meine persönliche Integrität und Ehre haben unter diesen unberechtigten und unbewiesenen Vorwürfen gelitten. Da offenbar in dieser aufgeheizten Atmosphäre für viele das Urteil schon gesprochen ist, werden die Belastungen immer größer. Das ist der Grund, warum ich nun handeln muß, um mein Land, meine Familie, meine Freunde und meine Partei zu schützen. ...“ (SPIEGEL vom 26.11.99)

Traurig um ihn ist es ist nicht. Gründe für seinen Rücktritt hätte es aber andere und weit bessere gegeben:

„Kürzen bei den Kurzen“ war seine erste Tat als Ministerpräsident vor 13 Monaten. Die niedersächsische Initiative „Volksbegehren für ein Kindertagesstättengesetz“ wollte er dadurch verhöhnen, daß er ihr und damit über 600.000 Unterzeichnern des Antrags auf Volksbegehren androhte, bis in die letzte Instanz zu gehen. Das könne bis zu 10 Jahre dauern. Wer somit sein Angebot ablehne, könne als Eltern vielleicht was für seine künftigen Enkel tun, aber nicht mehr für seine Kinder.

So ist er verantwortlich für ein Asylbewerberleistungsgesetz, das Bewerber, die eh schon ein Arbeitsverbot haben und von Sozialhilfe leben müssen, den Regelsatz auf maximal 70% kürzt und die Ausgabe sogenannter „Wertgutscheine“ statt Bargeld durch die Kommunen vor-

schreibt. Mit dieser bundesweiten Initiative hat er sogar die CSU rechts überholt.

So verweigert er bis heute dem hannoverschen Widerstandskämpfer Kurt Baumgarte seine Rehabilitierung. Kurt Baumgarte war 1936 wegen „hochverräterischer Unternehmungen“ zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt worden, hat von 1935 bis 45 im Zuchthaus gesessen und erhielt keinerlei Wiedergutmachungsleistung nach dem Bundesentschädigungsgesetz. „Zu Recht“ – erklärt der Landtagspräsident Milde vor sechs Jahren in einem Brief – da „er nach 1945 sofort wieder Funktionen der KPD wahrgenommen“ habe. Die Praxis und Denkweise Glogowskis – er war damals niedersächsischer Innenminister – ist heute noch so.

Die Liste ist unvollständig. Die Atompolitik der Landesregierung, die Einführung von Studiengebühren sind weitere Stichworte. Jetzt hat er „bloß“ abgedankt, weil er sich von einigen Firmen und Institutionen Flüge, Reise, Gratisbier und einige sonstige Vergnügen hat finanzieren lassen, Aufsichtsratsbezüge in die eigene Tasche gesteckt und günstig Immobilien erworben hat.

Verglichen mit der CDU und ihrer gegenwärtigen Spendeaffäre, in die anscheinend auch CSU- und FDP-Politiker verstrickt sind, ist der Mann sicher ein kleiner Fisch.

Dennoch kann man ihn natürlich nicht halten. Wie soll denn die SPD bei ihrer Politik sonst aus dem Sumpf, in dem die CDU steckt, politisches Kapital schlagen? Zumal ja Glogowski als Privatperson glänzend versorgt bleibt. Mit 14.000 DM Pension pro Monat läßt sich schon gut leben. Und teilweise gesponserte Immobilien in Braunschweig und Potsdam sind ja auch eine gute Bank.

Daß die CDU eine Alternative wäre, kann auch der niedersächsische CDU-Wilde Wulff schlecht verkaufen. Die SPD hat schnell mit der Nominierung von seinem Nachfolger Gabriel reagiert. Der Austausch von Personen wird jedoch an der Politik nichts ändern. Gabriel gilt als enger Vertrauter Glogowskis und hat gleich erklärt, er wolle dessen Politik fortsetzen.

Dabei gebe es viel zu ändern:

- das Volksbegehren für ein Kindertagesstättengesetz annehmen und umsetzen,
- das Asylbewerberleistungsgesetz ersatzlos streichen,
- Studiengebühren verhindern,
- keinen Atommüll mehr einlagern,
- Ausbildungsabgabe einführen, um Ausbildungsplätze zu finanzieren,
- eine Gesetzesinitiative zur Wiedereinführung der Vermögenssteuer starten, mit der Land und Kommunen wieder finanzielle Luft bekommen könnten.

Dazu braucht es allerdings mehr als einen Austausch von Personen. Ein solcher Politikwechsel braucht den Druck der politischen Bewegungen und der Gewerkschaften. Sonst ist nichts besseres zu erwarten. (ro)

13. Dezember: Kleiner Parteitag der CDU in Berlin

7. Januar: Im Rahmen der Linken Schule findet die Veranstaltung zum Thema: „Exzessive DDR-Nostalgie“? Die Aktivisten-Bewegung gegen den Strich gelesen statt. Jens-F. Dwars stellt ein Problem seiner Becher-Biographie und ihrer Aufnahme im „Westen“ vor. 19.30 Uhr, Jugendherberge Friedrichroda

8. Januar: Öffentlichen Mitgliederversammlung der Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie - Soziale Befreiung in und bei der PDS. Tagesordnung: 1. Tätigkeiten und Vorhaben der ArGe; 2. Programmdiskussion der PDS. Welche Gesichtspunkte ergeben sich aus der Tätigkeit der ArGe? Beiträge. 19.30 Uhr, Jugendherberge Friedrichroda

20. Januar, Köln: Soldatengottesdienst mit Kardinal Meisner in Kölner Dom und Aktionen dagegen vor dem Dom. Kontakt: PAX AN! Ak Frieden Köln c/o Rolf-R. Noack, Riehler Gürtel 10, 50735 Köln, Tel.: 0221/7602307. Internet: <http://www.is-koeln.de/friedensforum/>

5. Februar: Bundesweite Demonstration für das Leben und die Freiheit von Mumia Abu-Jamal in Berlin

Linke Winterschule

der ArGe Konkrete Demokratie
– Soziale Befreiung
in Friedrichroda, 6. / 7. – 9. 1.



Wie auch in den vergangenen Jahren findet die Linke Schule in drei Kursen statt.

Geschichte. Gegenstand unseres Seminars sind *Fragen der Genossenschaftsentwicklung*. Wir haben uns gedacht: 1. die Geschichte der Genossenschaftsbewegung gemeinsam zu lesen und zu diskutieren; 2. durcharbeiten von Bernstein aus („Die Voraussetzungen des Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie“): Kapitel IV, Leistungsfähigkeit der Wirtschaftsgenossenschaften, Kapitel III, Genossenschaftspolitik; 3. parallel zu Bernstein aus R. Luxemburg „Sozialreform oder Revolution“ im 2. Teil, Abschnitt 2, „Die wirtschaftliche und politische Demokratie“ zu lesen; 4. die 70er Jahre in der BRD, besonders den „Neue-Heimat“-Skandal, zu behandeln; 5. aktuelle Genossenschaftsgedanken darzulegen: zu BRD-West – Beispiel Südbaden, zu BRD-Ost – Beispiel Thüringen; 6. eine aktuelle Genossenschaftsdiskussion zu führen. **(Beginn: 7.1., 14.00 Uhr)**

Philosophie: „Dialektik der Aufklärung“. Der Text von Horkheimer und Adorno, 1947 erschienen, ist auch heute noch – und womöglich zunehmend – aktuell. Die politischen Fronten verschieben sich immer noch weiter. Die extreme Rechte hat im Kampf um die öffentliche Meinung seit längerem erheblich dazu gewonnen; sie findet anhaltenden Zulauf, und die faschistische Bandenbildung und Bandentätigkeit ist im Westen wie im Osten zu einem festen Phänomen geworden, das „von alleine“ nicht verschwinden wird. Die Legitimation von Bereicherung am zunehmenden sozialen und physischen Elend wuchert in der Gesellschaft aus. Die Kriegspartei, die sich seit langen Jahren im öffentlichen Leben der BRD herausgebildet hat, hat die Beteiligung Deutschlands am NATO-Angriffs- und Eroberungskrieg gegen Jugoslawien durchgesetzt. Weltanschauungen, die sich ihrer Verpflichtung auf Zivilisation und bürgerliche Werte sicher waren, Weltanschauungen, die sich der Integration der Lohnabhängigen in die bürgerliche Gesellschaft und Weltanschauungen, die sich dem Pazifismus verpflichtet fühlten, werden zunehmend für Brutalitäten aller Art offen. Für sozialistische Politik stehen die Fragen auf der Tagesordnung,

ADRESSAUFKLEBER

12. Februar: Arbeitsausschuss des Forums Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften in Fulda

27. Februar: Landtagswahlen in Schleswig-Holstein

15.-16. April: Bundestreffen des Forums Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften

14. Mai: Landtagswahlen in NRW

wie die Ausbreitung des Strebens nach faschistischer Gewaltherrschaft erklärt und gebrochen werden kann; wie der Einfluss der Kriegspartei im öffentlichen Leben der BRD verstanden und bekämpft werden kann; wie die Legitimation ungezügelter Bereicherung erschüttert werden kann.

Dazu ist der Text hilfreich. Wir wollen ihn gemeinsam lesen und im Zusammenhang aktueller politischer Fragen erörtern. Einleitend wollen wir Kants Schrift „Was ist Aufklärung“ lesen, und zum Abschluss mit einem Text von Habermas den Bogen zur Diskurstheorie schlagen. Alle Texte und weitere Materialien liegen zu Beginn des Kurses kopiert vor. **(Beginn: 6.1., 14.00 Uhr)**

Wirtschaft: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung und Rechnungswesen der Wirtschaftssubjekte – die öffentliche Hand. Es werden folgende Themenkomplexe vorbereitet: • Geschichte der Steuer-Staatsfinanzierung, Praxis und Legitimation. Diskussion vorliegender Publikationen (in den *Politischen Berichten* 22-24 wurden Aufsätze zur Geschichte der Steuer veröffentlicht.) • Finanzierungsmodell BRD. Staatseinnahmen bei Bund, Ländern und Gemeinden. Zentralisierung der Mittel und Rückführung an Länder und Gemeinden. Finanzausgleich in Bund und Land. • Haushaltstypen, Strukturunterschiede zwischen Bundes-, Länder- und Gemeindehaushalten. Schwerpunkt wird die Behandlung eines Haushaltes einer westdeutschen Großstadt sein. • Stand der Planung und Finanzierung des Ausbildungsvorhabens „Kritik der politischen Ökonomie anhand von Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung“ (vgl. *Politische Berichte* 18/99: Der Sommerkurs hatte sich dafür ausgesprochen, eine Reihe von Treffen durchzuführen, um, gut vorbereitet, aktuelle Daten und Meinungen zur Wirtschaftsentwicklung durcharbeiten. Dabei soll der Gliederung des Lehrbuchs von Baßeler, Heinrich und Koch, Grundlagen und Probleme der Volkswirtschaft, gefolgt werden.) Die Kursunterlagen werden wie immer fotokopiert. Vorbereitung: Christoph Cornides, Martin Fochler, Edda Lechner, Rüdiger Lötzer (Beginn: 6.1., 14.00 Uhr)

Wo? Jugendherberge „R. Breitscheid“, 99894 Friedrichroda, Waldstr. 25

Unterbringung und Verpflegung in der Jugendherberge: DM 42,- täglich. Bettwäsche kann gegen DM 6,- ausgeliehen werden.

Anmeldung ab sofort bei: Christiane Schneider, c/o GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. (0 40) 43 18 88 20, Fax (0 40) 43 18 88 21, E-Mail: gnn-hhsh@otelo-online.de